Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 52 A — **Bromberg, Dienstag, den 6. März 1934** — **58. Jahrg.**

Kaltes Wasser.

Eine interessante Polemik gegen nicht vorhandene Gegner.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die **„Gazeta Polska"**, das sehr maßgebliche Regierungsblatt, spricht in seiner Sonntagsnummer aus dem Frontfenster des Leitartikels zur polnischen Öffentlichkeit und zur Welt über die neue Phase der deutsch-polnischen Beziehungen wie folgt:

„Es wurde eine Vereinbarung und ein „gentleman agréement" zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen. Die Vereinbarung betrifft die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Das nicht niedergeschriebene und nicht unterzeichnete, sondern nur aus der Feststellung der Übereinstimmung der Ansichten in den von den Vertretern der Regierungspresse-Bureaus beider Länder durchgeführten Gesprächen sich ergebende „gentleman agréement" umfaßt Presse-, Radio- und Kino-Angelegenheiten. Jedes der beiden Abkommen hat natürlich seine, wenn man sich so ausdrücken darf, „Ressortbedeutung". Beide haben aber zugleich auch eine politische Bedeutung. Das läßt sich in einem einzigen Worte: Normalisierung ausdrücken.

Was bedeutet nämlich die wirtschaftliche Vereinbarung? Den **Schluß des Wirtschaftskrieges,** der ohne Unterbrechung neun Jahre gedauert hat! Eines, von polnischer Seite aus, reinen Verteidigungskrieges. Das heißt, daß weder die Initiative des Abbruchs der wirtschaftlichen Beziehungen von polnischer Seite ausgegangen ist, noch von Polen jemals irgend ein Versuch der Beendigung des ökonomischen „Kriegszustandes" unterlassen wurde, noch ein auf irgend einem Abschnitte des Lebens erlangter Waffenstillstand jemals von der polnischen Seite gebrochen wurde. Es genügt, an die Unterzeichnung des Handelsvertrages und dessen Ratifizierung durch Polen, dagegen die Nicht-Ratifizierung durch Deutschland, an den Abschluß des „Holzabkommens" und dessen Kündigung durch Deutschland, an den Abschluß des „Roggenabkommens" und dessen Nichtverlängerung durch Deutschland zu erinnern.

„Der Wirtschaftskrieg hat, wie jeder Krieg, beiden Teilen beträchtliche Kosten verursacht. Wir glauben sogar, daß er die deutsche Seite mehr gekostet hat. Denn für ein Land, das sich industrialisieren muß (und ein solches Land ist Polen) werden die unmittelbaren Verluste infolge der Beschränkung der Beziehungen mit einem Industrielande immer in gewissem Maße durch die Beschleunigung der Industrialisierung kompensiert. Wenn also jener Krieg so lange und so unverändert gedauert hat, trotz der so sehr veränderlichen wirtschaftlichen Konjunkturen in der Welt — so geschah es sicher nicht aus wirtschaftlichen, sondern vermutlich hauptsächlich aus politischen Gründen. Ein solcher Grund war der Wunsch der entscheidenden Faktoren des zweiten Reichs, die deutsch-polnischen Beziehungen auf der ganzen Linie in einem nicht normalen Zustande zu erhalten.

„Die jetzige Vereinbarung ist, wenn es sich um die rein wirtschaftliche Seite handelt, sehr bescheiden. Ihren Inhalt bilden die beiderseitige Aufhebung der Kampfmaßnahmen sowie außerordentlich geringe gegenseitige Erleichterungen z. B. auf dem Gebiete des Transits oder der Eisenproduktion. Die Vereinbarung unterscheidet sich in nichts von der Schablone eines Abkommens, das Polen mit Spanien oder Deutschland mit Chile abschließen könnte.

„Es ist dies nicht der Ausdruck irgendeiner neuen ökonomischen „Konzeption" in der Art verschiedener Donauraum-Projekte, welche ebenso schnell auftauchten und platzten, wie Wasserblasen auf den Donaufluten. Es ist dies nur **die Rückkehr zu einem durchschnittlich gewöhnlichen wirtschaftlichen Zusammenleben. Aber eine Rückkehr nach einem anormalen Zustande, der nicht neun Tage, nicht neun Wochen und sogar nicht neun Monate, sondern neun Jahre gedauert hat!**

„Darin liegt die Neuheit des sehr bescheidenen und durchschnittlichen Abkommens.

„Analoge Bemerkungen kann man machen, wenn es sich um die Pressegespräche handelt. Auch diese zielen auf **die Beendigung des Propagandakrieges** ab, der ohne Unterbrechung fünfzehn Jahre gedauert hat. Während dieser Gespräche haben sich beide Regierungen übereinstimmend dafür ausgesprochen, **daß den verbitternden Auftritten der Presse, des Kinos und des Radio entgegenzuwirken** sei und haben — ohne vertragliche Verpflichtungen zu übernehmen — **ihre Aktion in dieser Richtung angesagt.**

Was bedeutet dies? Das bedeutet wiederum, daß auf einem anderen Abschnitte des Zusammenlebens der anormale Zustand zu Ende geht. Denn man muß nämlich, ohne den mindesten Wunsch, Rekriminationen zu erheben, feststellen, daß, wenn die gegenseitigen Informationen über den Nachbar — in der Presse, im Radio und Kino u. dgl. sich selten durch Objektivität ausgezeichnet haben — auch hier die polnischen publizistischen Faktoren doch eher Defensivkrieg geführt, als Angriffstendenzen offenbart haben. Die Tendenz der regierenden **Faktoren beider Staaten, die in den Gesprächen** der Pressebureauchefs des (polnischen) Außenministeriums und des (deutschen). Auswärtigen Amtes festgestellt wurde, ist der Übergang auch auf diesem Gebiete zur Normalisierung d. h. zur Sachlichkeit in den Urteilen und zur gegenseitigen Achtung bei deren Formulierung, was eine normale Sache in den Beziehungen zwischen den Nationen sein sollte (und überdies sicher eine erwünschte Sache ist — **denn eine wahrheitsgemäße Informierung der öffentlichen Meinung des eigenen Landes ist ein unentbehrlicher Faktor einer guten Politik).**

„Beide besprochene Tatsachen sind also Widerspiegelungen der übereinstimmenden Ansicht der Regierungen Polens und Deutschlands, daß zwei Nationen und Staaten, die „das Schicksal" nach der Äußerung des Kanzlers Hitler „immer miteinander benachbart sein hieß", bestrebt sein müssen, normal zusammenzuleben, nicht aber im Zustande der Erregung und Gereiztheit. Die Sachlichkeit läßt feststellen, daß das ein logischer Schluß ist, der sich aus dem Abkommen vom 26. Januar d. J. ergibt und **sein ganzes Novum beruht auf der Dokumentierung durch die entscheidenden Faktoren des Dritten Reichs, daß sie die Nachbarschaft mit Polen anders betrachten, als die Politiker des Zweiten Reichs.**

„Trotzdem die Besserung der nachbarlichen Beziehungen zwischen zwei nicht gerade kleinen Staaten Europas, wie es scheinen könnte, alle freuen sollte, welche Ruhe, Rückkehr zum Vertrauen und die Überwindung der wirklichen Schwierigkeiten, vor denen die ganze Menschheit steht, ersehnen — haben die erwähnten Tatsachen der Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland — **eine neuerliche Flut unruhiger und unkluger Klatschereien** hervorgerufen. Was wurde nicht schon ausgedacht? Aus Gesprächen über die Einstellung des „Pressekrieges" vermochten schon manche Journalisten „ein gemeinsames polnisch-deutsches Propagandabureau" zu machen; aus der Beendigung des Zollkrieges geradezu eine „Zollunion", mit einem Worte: aus der Normalisierung — eine Sensation.

„Wir haben nicht die Absicht, mit diesen Stimmen zu polemisieren. Sie verdienen es nicht. Wir werden uns nur gestatten, festzustellen, daß derjenige, den die Normalisierung so weit nervös macht, leicht beschuldigt werden kann, daß er selbst den anormalen Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen für normal hielt, daß er diese „normale Anormalität" wünschte, und daß er jetzt, da er den Fehler feststellt, gewaltsam aus etwas Gewöhnlichem etwas Außergewöhnliches, aus einer einfachen eine verwickelte Sache, aus einer klaren — eine verdächtige Sache zu machen versucht. Wir schauen dem ohne Verwunderung zu. Jeder, dem die Spekulation, auf Kosten eines anderen Geschäfte zu machen, mißlungen ist, — winselt und weint. Und das ist auch eine normale Sache."

Der vermutliche Verfasser dieses Normalisierungsartikels im führenden polnischen Regierungsblatt wurde neulich in einer deutschen Zeitschrift als der „unübertreffliche und gefürchtetste politische Dialektiker in Polen" gepriesen. Die neueste Kostprobe seiner Dialektik gehört aber nicht zu denjenigen Kunststücken des Meisters, denen auch wir wiederholt unsere aufrichtige Anerkennung nicht versagt haben. Diesmal focht der glänzende Fechter nicht gegen leibhaftige Gegner, sondern gegen eingebildete Gestalten.

Der ganze Aufsatz ist eine Polemik und — keine sachliche. Gegen wen ist diese Polemik gerichtet? Man könnte vermuten, daß sie gegen alle diejenigen gerichtet wäre, welche die Bedeutung der erfolgten Regelungen der deutsch-polnischen Beziehungen maßlos übertreiben und überschätzen. Wenn es solche Leute gibt, würde der Polemist gut daran tun, die übelsten Übertreibungen, die er so erregt verurteilt, anzuführen und die Gründe seines Urteilsspruches darzulegen. Seine polemische Kunst würde sich dann sicherlich von der glänzendsten Seite zeigen. Anstatt aber gegen bestimmte falsche Deutungen anzukämpfen, verlegt er sich darauf, mit unwilligen Gebärden der ganzen Welt zu versichern, daß im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland eigentlich nichts Außergewöhnliches geschehen sei. Der ganze Umschwung in den Beziehungen zwischen zwei Nachbarstaaten sei nichts Besonderes, Gott behüte! nur — die Einleitung einer „Normalisierung".

Auf das in diesem bescheidenen Worte enthaltene Maß will er Dinge reduzieren, die vor einem Jahre aller Welt als eine ganz große Unwahrscheinlichkeit vorgekommen wären. Aber während er diese Herabsetzung verdrießlich vornimmt, schränkt er sie selbst mit starker Betonung ein! Er betont doch selbst, daß diese „Normalisierung" zwei gewaltige, für die europäische Politik ungemein wichtig gewesene Erscheinungsreihen abschließt: neun Jahre — „Wirtschaftskrieg" und fünfzehn Jahre „Pressekrieg" (Propagandakrieg) — nämlich seiner eigenen Meinung nach. Daß man von ihm, als Vertreter einer Partei, eine objektive Auffassung der Geschichte dieser beiden „Kriege" nicht verlangen kann, ist selbstverständlich. Aber keineswegs selbstverständlich ist es, und mancher Fragestellung sogar wert, daß ihm der Abschluß der beiden Kriege: auf dem Felde der Wirtschaft und auf dem Felde des Geistes — daß ihm diese Befriedung in unserer Zeit als eine ganz gewöhnliche Angelegenheit erscheint. Welchen Zweck hat dieser Eifer, der zuletzt sogar den Finger drohend erhebt?

Gerade die **Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen,** genauer: **zwischen dem Dritten Reich Hitlers und dem Polen Pilsudskis ist ja eben das unverhoffte, bedeutende Ereignis.** Das Bedeutende liegt eben im Schlußmachen mit dem, was gewesen war und im Setzen eines Anfangs. Am Anfang steht sicherlich nicht viel mehr, als nur der gute Wille; wenn er in gleichem Maße und in der gleichen Art auf **beiden Seiten** besteht, so ist das schon sehr viel und vorderhand ausreichend. Der Volksmund sagt in einem solchen Falle: „Morgen ist auch ein Tag!" Und übermorgen auch. Warum sollen wir nicht auf weitere Stufen des Aufbaues hoffen. Und wenn jemand sogar allzu rosige Hoffnungen hegt, was ist Schlimmes dabei?

Gegen wen kämpft eigentlich unser Meister der Dialektik von der „Gazeta Polska"? Warum gießt er kaltes Wasser dort aus, wo noch gar keine Flammen schlagen? Was ist das für ein Feuerwehrmann, der selbst falschen Alarm macht?

Neuorganisation der Altpreußischen Kirche.

Generalsynode und Kirchensenat werden aufgehoben.

Der Landesbischof der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union hat seine Befugnisse auf die Deutsche Evangelische Kirche übertragen. Das Geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche hat ein Kirchengesetz beschlossen, welches am 2. März in Kraft getreten ist.

Nach § 1 dieses Gesetzes übernimmt die Deutsche Evangelische Kirche unter Führung des Reichsbischofs als Landesbischof durch ihre Organe die Leitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Die Einrichtung der Generalsynode wird aufgehoben, an ihre Stelle tritt die Landessynode, welche aus den gewählten altpreußischen Mitgliedern der Nationalsynode besteht. Der Reichsbischof ist befugt, die Zahl der Mitglieder durch Zuernennung auf 30 zu erhöhen. Die Gesetzgebung erfolgt im Wege der Gesetzgebung der Deutschen Evangelischen Kirche. Die Einrichtung des Kirchensenats wird aufgehoben.

In § 3 wird die Umbildung der **Provinzialsynoden geregelt.** Diese treten innerhalb der nächsten zwei Wochen zur Bildung einer neuen Provinzialsynode aus ihrer Mitte zusammen. Die neue Provinzialsynode besteht aus dem Bischof (Landespfarrer) als Präses, achtzehn Mitgliedern und einem Vertreter der evangelisch-theologischen Fakultät der Provinzial-Universität. Von den achtzehn Mitgliedern werden zwölf durch die bisherige Provinzialsynode gewählt, sechs durch den Bischof ernannt. Die Hälfte der Mitglieder müssen Laien sein. Die Wahl erfolgt im Verhältnis der auf Grund der Wahlen vom 23. Juli 1933 bestehenden Zusammensetzung der bisherigen Provinzialsynoden. Nach der Bildung der neuen Provinzialsynoden gelten die bisherigen als aufgelöst.

Der **Provinzialkirchenrat** besteht in Zukunft aus dem Bischof (Landespfarrer) und fünf Mitgliedern, von denen zwei durch den Bischof aus der neuen Provinzialsynode ernannt, die übrigen drei durch die neue Provinzialsynode aus ihrer Mitte gewählt werden.

Bei den Beratungen der Landessynode und der Provinzialsynoden erarbeitet die Synode ihre Willensmeinung in brüderlicher Aussprache. Kommt eine einmütige abschließende Stellungnahme nicht zustande, so sind für die Entschließung der Kirchenbehörde die Stimmen zu wägen.

Das Amt der Mitglieder der Landessynode und der Provinzialsynoden endet mit dem Ablauf der Amtsdauer der Mitglieder der Nationalsynode.

§ 6 enthält Bestimmungen über den **Rechtsausschuß der Kirche.** Dieser besteht aus dem durch den Reichsbischof ernannten Vorsitzenden sowie sechs weiteren Mitgliedern, von denen der Reichsbischof zwei aus der kirchlichen Verwaltung und vier aus der Landessynode ernennt. Der Rechtsausschuß der Kirchenprovinz besteht aus dem durch den Bischof ernannten Vorsitzenden sowie vier weiteren Mitgliedern, von denen er ein Mitglied aus der kirchlichen Verwaltung und drei aus der Provinzialsynode ernennt. Die Mitglieder der Rechtsausschüsse werden auf die Dauer von zwei Jahren bestimmt.

Alle entgegenstehenden Bestimmungen der altpreußischen Kirchenverfassung vom 29. September 1922, der Kirchenordnung für die Gemeinden vom Rheinland und Westfalen vom 6. November 1923 sowie der Kirchengesetze sind durch das neue Gesetz aufgehoben. Der Reichsbischof erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen.

*

Kirchliche Jugendarbeit.

Das Geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche hat ferner ein **Kirchengesetz über die kirchliche Jugendarbeit** beschlossen, in dem bestimmt wird:

Die Deutsche Evangelische Kirche faßt die gesamte evangelische Jugendarbeit zusammen und führt sie von der Gemeinde ausgehend als „Jugendwerk der Deutschen Evangelischen Kirche' durch.

Im Sinne des Abkommens zwischen dem Reichsbischof und Reichsjugendführer vom 19. Dezember 1933 treibt das Jugendwerk der Deutschen Evangelischen Kirche lediglich Wortverkündigung.

Alle im Jugendwerk der Deutschen Evangelischen Kirche tätigen Kräfte arbeiten lediglich **im Auftrag und Dienst der Kirche.**

Alle deutschen Aerzte in Graudenz verlieren die Kassenpraxis.

Die Entlassung der deutschen Ärzte aus den Krankenkassen unseres Gebiets nimmt weiter ihren Fortgang. So hat man in Graudenz am 28. Februar sämtlichen vier deutschen Ärzten zum 1. März ihre Tätigkeit in der Kasse aufgesagt. Es handelt sich dabei um den Facharzt für Nervenkrankheiten Dr. Hoffmann, die Sanitätsräte Dr. Kilkowski, Dr. Jacob und Dr. Wetzel. Wir kommen auf diese Kündigungen noch zurück.

Gleichzeitig soll auch vier polnischen Ärzten in Graudenz gekündigt sein; aber diese vier polnischen Ärzte bilden nur einen Bruchteil der gesamtpolnischen Ärzteschaft der Stadt, während die deutschen Ärzte hundertprozentig betroffen wurden, so daß keinem deutschen Kassen-Patienten die Wahl für einen deutschen Arzt freibleibt.

In der Stadt Posen

wurde drei deutschen Ärzten, Sanitätsrat Dr. Mutschler, Dr. Theile und Dr. Alexander Peiser, gleichfalls zum 1. März d. J. die Kassenpraxis gekündigt.

Genugtuung für die „Deutsche Volksbank."

Verfahren eingestellt!

Das gegen den Direktor der Deutschen Volksbank Ernst Kreft und den Prokuristen dieser Bank Erwin Bigalke durch den Untersuchungsrichter für besondere Angelegenheiten eingeleitete Strafverfahren, das von der polnischen Presse dazu benutzt wurde, den guten Namen dieses deutschen Unternehmens in der Öffentlichkeit herabzusetzen, ist jetzt niedergeschlagen worden. Den leitenden Beamten der Deutschen Volksbank wurde dies von der Prokuratur des Bezirksgerichts in Bromberg in einem Schreiben mitgeteilt ,das folgenden Wortlaut hat:

„Ich teile hierdurch mit, daß der Herr Prokurator des Bezirksgerichts in Bromberg am 23. Februar 1934 auf Grund des Art. 248 der Strafprozeßordnung beschlossen hat, **das Ermittlungsverfahren gegen Ernst Kreft und Genossen** wegen Vergehens aus Art. 148 § 1 Strafgesetzbuch, das angeblich am 20. Januar 1934 dadurch begangen wurde, daß dem Untersuchungsrichter des Appellationsgerichts für besonders wichtige Sachen in Posen über das Konto der Brandenburgischen Karbidwerke Mühltal und über einen Scheck auf 3 500 000 Mark in der Strafsache gegen Kolbieski und Genossen eine der Wahrheit nicht entsprechende Auskunft gegeben wurde, **niedergeschlagen worden ist, und zwar wegen Mangels der gesetzlichen Merkmale eines Vergehens,** besonders des Vergehens aus Art. 148 St.-G.-B.

Es sei daran erinnert, daß sowohl Direktor Kreft als auch der Prokurist Bigalke im Zusammenhange mit der angeblich falschen Auskunft in Untersuchungshaft genommen worden waren, aus der sie nach einigen Tagen auf die durch ihrn Rechtsbeistand eingelegte Beschwerde entlassen wurden.

Das Jugendwerk der Deutschen Evangelischen Kirche gilt der gesamten deutschen evangelischen Jugend. Eine Sondermitgliedschaft besteht nicht.

Der Reichsbischof beauftragt mit der Leitung des Jugendwerks der Deutschen Evangelischen Kirche den Reichsjugendpfarrer. Der Reichsjugendpfarrer vertritt das Jugendwerk der Deutschen Evangelischen Kirche nach außen und trifft alle innerhalb der Gesamtkirche wie innerhalb sämtlicher kirchlicher Gliederungen (Landeskirche, Provinzialkirche, Kirchenkreis, Gemeinde) erforderlichen Maßnahmen für evangelische Jugendarbeit. Er bestellt Landes- und Kreisjugendpfarrer.

Alle bisherigen Rechtsbestimmungen über das Evangelische Jugendwerk werden aufgehoben.

Der Reichsjugendpfarrer erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

*

Hitler-Jugend und evangelische Jugend.

In Ausführung des zwischen dem Reichsbischof und dem Reichsjugendführer geschlossenen Abkommens wurde der Montagnachmittag und der Freitagnachmittag einer jeden Woche dem evangelischen Jugendwerk für die Betätigung in erzieherischer und kirchlicher Hinsicht zur Verfügung gestellt. An diesen Tagen ist für die Betätigung des evangelischen Jugendwerks vom Dienst der Hitler-Jugend oder des Bundes Deutscher Mädel Urlaub zu gewähren. Für das Jungvolk und die Jungmädchengruppen gilt das gleiche für den Montag nachmittag.

*

Tagesbefehl des Reichsjugendführers.

Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach erläßt folgenden Tagesbefehl an die Hitlerjugend:

Mit dem heutigen Tage wird die Eingliederung der evangelischen Jugendorganisationen in die Hitlerjugend abgeschlossen. Ich begrüße unsere neuen Kameraden, die mit ihrem Bekenntnis zu uns ihren Willen zu einem Deutschland der Einigkeit und Kameradschaft bekundet haben. Die Tat der evangelischen Jugend hat den wenigen, die noch beiseite standen, ein Beispiel gegeben. Seid willkommen Kameraden, die Jugend Adolf Hitlers ist stolz auf euch!

*

Vereinigung der reußischen mit der Thüringer Kirche.

Der Landeskirchentag der Kirche Reuß ältere Linie hat einstimmig die Vereinigung der reußischen Landeskirche mit der Thüringer evangelischen Kirche mit Wirkung vom 1. April 1934 ab beschlossen. Der Landeskirchenrat der thüringischen evangelischen Kirche hat dieser Vereinigung zugestimmt. Damit kommt eine der ältesten selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen zur thüringischen Landeskirche. Die alt reußische Kirche hat etwa 400 Jahre bestanden.

*

Potsdams Oberbürgermeister.

Zum Nachfolger des von seinem Amt zurückgetretenen Potsdamer Oberbürgermeisters Rauscher wird — reichsdeutschen Meldungen zufolge — Generalmajor a. D. Friedrichs-Potsdam ernannt werden.

Generalmajor a. D. Hans Friedrichs hat als Generalstabsoffizier den Weltkrieg mitgemacht und hervorragenden Anteil an dem serbischen Feldzug genommen. Er gehört lange Zeit dem Potsdamer Stadtkollegium an, gilt als ein ausgezeichneter Kenner kommunaler Fragen und ist in Potsdam durch seine erfolgreiche Tätigkeit als Kreisleiter der NSDAP bekannt und geschätzt.

*

Auflösung des Bundes Königin Luise.

Die Bundesführung des Bundes Königin Luise gibt in einem Aufruf an alle Mitglieder des Bundes bekannt, daß nach Rücksprache mit dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, und der Führerin der NS-Frauenschaft, Frau Scholtz-Klink, der Bund seine Auflösung mit Wirkung vom 1. April 1934 beschlossen habe. Die Abwicklung der Geschäfte läuft bis 1. Juli 1934. Der Eintritt in die NS-Frauenschaft und den Bund Deutscher Mädel wird in dem Aufruf den Mitgliedern des Luisenbundes nahegelegt.

*

Karl der Große, der Sachsenschlächter.

Auf dem Bergschloß Hoheneck bei Goslar ist ein „Niedersachsen-Stein" errichtet worden, dessen Inschrift lautet: „Zum ehrenden Gedächtnis der im Kriege 782 in Verden an der Aller von Kaiser Karl wegen ihrer Treue zu ihrem Glauben, zu Volk und Heimat hingerichteten 4500 Vertreter edelsten niedersächsischen Blutes. Karls, des Sachsenschlächters, Sippe verkam ruhmlos. Den Stamm der Niedersachsen hielt Blut und Sippe rein. Er ist noch nach tausend Jahren ein Eckstein des deutschen Volkes."

*

Eiserne Disziplin!

Der Führer der Deutschen Front des Saargebiets, Pirro, gibt bekannt:

Unserem Wollen stehen zwei Absichten gegenüber: 1. die Vertagung der Abstimmung durch Provokationen usw. zu ermöglichen, 2. die Notwendigkeit eines Einmarsches internationaler Polizeitruppen nachzuweisen.

Daraus ergibt sich: 1. Wir kennen nur eiserne, verbissene Disziplin, 2. wer diese Disziplin durchbricht, ist ein bewußter Handlanger unserer Gegner und wird dementsprechend behandelt. Wer also durch sein Verhalten der Polizei berechtigten Anlaß zum Einschreiten gibt, wird als Saboteur ausgeschlossen. Was das bedeutet, weiß jeder.

Allukrainischer Nationalkongreß.

Wie der Ost-Expreß aus Lemberg berichtet, ist von galizisch-ukrainischer Seite der Gedanke der Veranstaltung eines Allukrainischen Nationalkongresses angeregt worden. Nach Veröffentlichungen in der ukrainischen Presse hat der Zentralvorstand der größten ukrainischen Partei in Polen der UNDO (national-demokratische Partei) auf seiner letzten Tagung sich mit der Frage eingehend befaßt und beschlossen, trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten die Vorarbeiten aufzunehmen, damit im Juni d. J. ein vorbereitendes Komitee, dem die Vertreter aller politischen Gruppierungen der Ukrainer angehören sollen, zusammentreten kann. Mit verschiedenen ukrainischen Gruppen außerhalb Polens sind bereits Verhandlungen geführt worden, die sich zustimmend zu dem Plane äußerten. Von dem Kongreß wird erwartet, daß er alle nationalen Fragen des 40 Millionen zählenden ukrainischen Volkes behandeln wird, das in Europa in vier Staaten lebt und ansehnliche Volkssplitter in Kanada und in den Vereinigten Staaten besitzt.

---

*

Regierungskommissar für Warschau.

Auf Grund des Art. 69 des Gesetzes vom 23. März 1933 über die teilweise Änderung der territorialen Selbstverwaltung hat der Ministerrat auf Antrag des Innenministers die Stadtverordnetenversammlung und die Stadtverwaltung von Warschau aufgelöst. Zum vorläufigen Stadtpräsidenten wurd eder Wojewode von Bialystok Koscialkowski berufen, de rdie Amtsgeschäfte bereits übernommen hat.

Einige Tage vorher war der Haushaltsvoranschlag der Stadt Warschau für das Wirtschaftsjahr 1934/35 zum zweiten Male mit der Begründung vom Innenministerium abgelehnt worden, daß es verschiedene unreale Positionen enthieltee. Nach der ersten Ablehnung des Stadthaushalts waren bereits der Warschauer Stadtpräsident, Ingenieur Słomiński, und der Vizestadtpräsident Borzencki zurückgetreten. Im Amte war nur der der Regierungspartei angehörende Vizestadtpräsident Szpotański geblieben.

*

Graf Jerzy Tarnowski †.

Am Freitag ist in Paris der Legationsrat Graf Jerzy Tarnowski, Attaché der polnischen Botschaft in Paris, im Alter von 52 Jahren gestorben. Der Verstorbene war Offizier der Ehrenlegion.

Neue Regierung in Spanien.

Wie aus Madrid gemeldet wird, ist es dem bisherigen Ministerpräsidenten Lerroux nach einigen Schwierigkeiten noch am Sonnabend gelungen, die Regierung zu bilden und die Zustimmung des Präsidenten der Republik zu der ihm vorgelegten Ministerliste zu erreichen. Das Außenministerium, das Kriegsministerium und Marineministerium, die Ministerien für Landwirtschaft, Industrie und Handel, Verkehr, Arbeit, Öffentliche Arbeiten und Justiz sind sämtlich genau wie bisher besetzt. Neu besetzt wurden das Innenministerium mit Salazar Alonso, bisher Präsident der Madrider Provinzialverwaltung, das Finanzministerium mit Marraco, bisher Gouverneur der Bank von Spanien, ferner das Unterrichtsministerium mit dem überaus franzosenfreundlichen Madariaga, bisher Botschafter in Paris und Völkerbundsdelegierter.

Das Kabinett besteht somit aus zehn Radikalen, einem Agrarier, einem gemäßigten Republikaner und einem unabhängigen Republikaner (Madariaga). Da damit jetzt die am meisten linksgerichteten Minister ausgeschieden sind, wird sich das Kabinett künftig noch etwas mehr nach rechts orientieren, als das bisher der Fall war, was auch der Zusammensetzung des Parlaments und dem letzten Wahlergebnis entspricht.

Frau Staviski verhaftet.

Paris, 4. März. (Europa-Preß.) **Die Witwe Staviskis ist gestern im Anschluß an ein Verhör durch den Untersuchungsrichter verhaftet worden.** Frau Staviski war vom Untersuchungsrichter über den Verbleib der Scheckhefte, die wieder aufgefunden wurden, verhört worden. Sie hatte jede Auskunft verweigert und behauptet, daß sie die Scheckhefte niemals gesehen habe. Der Untersuchungsrichter hatte jedoch Beweise, daß die Frau des Schwindlers die Scheckhefte nach der Flucht ihres Mannes dem Helfershelfer Romagnino übergeben hatte, der sie an einen sicheren Ort bringen sollte. Der Lüge überführt, ließ der Untersuchungsrichter Frau Staviski sofort wegen Mittäterschaft verhaften.

Vor der parlamentarischen Untersuchungskommission für die Staviski-Affäre machte am Freitag der ehemalige Kommissar der Sicherheitspolizei Pachot Aussagen über die Einflüsse, durch die seine Bemühungen, den Schwindler Stawiski bereits vor Jahren zur Aburteilung zu bringen, vereitelt worden seien. Aus den Bekundungen ging hervor, daß das Gericht des Seine-Departements, das dem unlängst von der Regierung seines Amtes enthobenen Generalstaatsanwalt Pressard unterstand, es hartnäckig ablehnte, gegen den Schwindler ein Strafverfahren einzuleiten. Pachort gab ferner an, daß aus parlamentarischen und Regierungskreisen Interventionen zugunsten Staviskis unternommen worden seien. Er weinerte sich jedoch, die Namen der in Frage kommenden Persönlichkeiten bekanntzugeben, da er keine schlüssigen Beweise gegen sie besitze. Eine Ausnahme machte er für den ehemaligen Finanzminister Bonnet, der wiederholt im Zusammenhang mit Staviski genannt worden ist.

Kleine Rundschau.

Verwegene Flucht eines Bankräubers.

London, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Newyork gemeldet wird, ist der kürzlich verhaftete Bankräubere Billinger auf verwegene Art aus dem Staatsgefängnis von Indiana geflüchtet. Mit Hilfe einer von ihm angefertigten Pistolen-Attrappe hat Billinger es verstanden, die zahlreichen Wärter einzuschüchtern, die aufgeboten waren, ihn zu bewachen. Zur Flucht benutzte er den Kraftwagen der Gefängnis-Direktorin. Der Ausbruch gelang, obwohl die Strafanstalt von einer 50 Mann starken Postenkette umgeben war. Wie aus Crownpoint gemeldet wird, sind 10 000 Mann Polizei und Miliz-Soldaten in Indiana, Ohio und Illinois aufgeboten worden, um den Verbrecher zu verhaften.

Großfeuer in einem japanischen Badeort.

Tokio, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) In dem Badeort Atami ist ein Brand ausgebrochen, der mit großer Schnelligkeit um sich griff und mehrere Hotels zerstört hat. Die Feuerwehr konnte in den frühen Morgenstunden den Brand auf seinen Herd beschränken.

Sowjetpalast an Stelle der Erlöser-Kathedrale.

An Stelle der vor einigen Jahren zerstörten Erlöser-Kathedrale in Moskau soll jetzt ein gewaltiger Sowjetpalast errichtet werden, dessen Spitze mit einem 80 Meter hohen Standbild Lenins abschließen soll. Der 415 Meter hohe Bau soll ein „grandioses und wirkungsvolles Denkmal der siegreichen Epoche des Kampfes des Proleariats für den Kommunismus" werden. Sowjetpalast und Leninstatue an jener Stätte, auf der sich einst die berühmte Erlöser-Kathedrale erhob!

Teilmobilisierung in Ostsibirien.

Aus Moskau wird gemeldet:

Die Militärbehörden des Distrikts Chabarowsk haben eine teilweise Mobilisierung angeordnet. Alle Reservisten, Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere haben Befehl erhalten, sich sofort an ihre zuständige Stelle zu begeben. Die gleiche Aufforderung erhielten sämtliche Angehörige der stehenden Armee, welche mit unbeschränktem Urlaub entlassen worden waren, sowie die Wehrdienstfähigen des Jahrganges 1911, die bei der Aushebung zurückgestellt worden waren.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 5. März 1934.

Krakau — 1,40, Zawichost + 2,60, Warschau + 3,24, Plock + 2,81, Thorn + 3,47, Fordon + 3,37, Culm + 3,28 Graudenz + 3,52, Kurzebrak + 3,68, Pieckel + 3,48, Dirschau + 3,48, Einlage + 2,96, Schiewenhorst + 2,84.

„Hitler-Arbeitslager im Bromberger Bezirk?“

„Die Sicherheitsbehörden haben mit ihrer Auflösung begonnen.“

Unter dieser Spitzmarke hatte die Posener Wochenschrift **„Polska Legjonowa“** und nach ihr eine ganze Anzahl polnischer Tageszeitungen folgendes „Greuelmärchen“ zu erzählen:

Unter der Maske der Beschäftigung von Arbeitslosen haben die deutschen Großgrundbesitzer auf ihren Gütern sogenannte Arbeitslager organisiert, die sich auf nationalsozialistische Vorbilder stützen. Den Deutschen handelte es sich zweifellos um die Vereinigung von kräftigen und physisch gesunden Landsleuten, um sie für ihre späteren Aufgaben im Osten vorzubereiten. Ein solches typisches Arbeitslager wurde von Oskar **Hinsch** auf seinem Gut Lachmirowitz gegründet. Dies ist ein riesiger Besitz, der 3000 Morgen umfaßt und im Kreise Mogilno gelegen ist. Zur Ausführung von näher nicht bezeichneten Erdarbeiten hat Hinsch durch Vermittlung der deutschen Organisation in Bromberg 22 Mann bezogen.

Unter den Mitgliedern des Lagers herrschte militärische Disziplin. Sie standen unter der Leitung eines Führers, dem sie unbedingt Gehorsam leisten mußten. Sie wohnten in der Försterei, wo sie alle in einem Saal schliefen. Außerdem erhielten sie einheitliche Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Schuhe, Bettdecken usw. Schon das Tagesprogramm allein gab viel zum Nachdenken Anlaß. Mit Sonnenaufgang standen die Teilnehmer früh auf; es folgten Übungen, verbunden mit dem gemeinsamen Absingen deutscher patriotischer Lieder und dann das Frühstück. Zur Arbeit marschierten sie zu Vieren in geschlossener Ordnung. Abends fanden wiederum kulturelle Veranstaltungen statt.

Ähnliche Lager entstanden auch in den Kreisen Wongrowitz und Schubin, in Lengnowo bei Milbradt. Alle diese Arbeitsabteilungen hatten militärischen Charakter. Ihre Dauer war aber sehr kurz. Nachdem sich die polnischen Sicherheitsbehörden näher dafür interessiert hatten, hielten sie es für angezeigt, an ihre Auflösung heranzutreten.

*

Wie es sich wirklich verhält . . .

Diesen Bericht hatte u. a. auch der Bromberger „Dziennik Bydgoski“ (in Nr. 47 vom 28. 2.) übernommen. Loyaler Weise hat aber der Dziennik in seiner letzten Sonntagsausgabe (Nr. 51 vom 4. 3.) **eine Berichtigung des „Deutschen Wohlfahrtsbundes“** zu dieser gruseligen Geschichte aufgenommen, die folgendes besagt:

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Arbeitsabteilungen nach **„Hitlerischem Vorbild“** eingerichtet worden sind; vielmehr hat der **„Deutsche Wohlfahrtsbund“** jungen deutschen Arbeitslosen Arbeit in der Form vermittelt, daß er eine Beihilfe nur dann auszahlte, wenn sie sich bereit erklärten, in einer Arbeitsgruppe auf dem Lande zusätzliche Arbeiten bei den Landwirten auszuführen. Damit wurde einmal das Geld zweckentsprechend verwendet und die jungen Leute wurden vor Demoralisierung geschützt. Solche Arbeiten wurden bereits seit dem Juli v. Js. im Kreise Bromberg, aber auch in anderen Kreisen **mit Wissen der polnischen Behörden** durchgeführt. Der Wohlfahrtsbund hat auch mit der politischen Polizei in dieser Angelegenheit schon im August verhandelt.

Im Bromberger Kreise ebenso wie auch in einigen anderen Kreisen konnte die Arbeit bis zum Ende durchgeführt werden, und die Gruppen wurden, sobald die Arbeit beendet war, an anderen Stellen eingesetzt. In den Gruppen herrschte die bei allen jungen Arbeitern notwendige Disziplin, (wie sie beispielsweise auch bei den polnischen Saisonarbeitern in Deutschland herrscht, die ebenfalls in Gruppen eingeteilt sind). **Einen Arbeitsführer wie irgend einen militärischen Anstrich hatten diese Arbeitsgruppen nicht;** denn sonst wären sie nicht von verschiedenen Kreisbehörden, bei denen sie angemeldet waren, geduldet worden. Erst im November v. Js. machte das Wojtostwo in Schubin Schwierigkeiten, die dann auch auf andere Kreise übergriffen, so auch auf den Kreis Mogilno, wo Herr Hinsch-Lachmirowitz Meliorationsarbeiten durch eine solche Gruppe ausführen ließ. Wegen des Ausbaues dieser Arbeiten wird schon seit Wochen mit der Wojewodschaft in Posen verhandelt.

(Außerdem ist die ganze Angelegenheit schon vor Monaten sowohl dem Herrn Wohlfahrtsminister wie dem Herrn Innenminister mitgeteilt worden. Wir hoffen, daß die von einzelnen Kreisbehörden gemachten Schwierigkeiten in diesen Verhandlungen mit den vorgesetzten Amtspersonen behoben werden können. Durch die von den Kreisbehörden gemachten Schwierigkeiten — die im übrigen immer nur unter Berufung auf das Arbeitsgesetz, nicht aber unter Berufung auf politische Bestimmungen gemacht werden — sind wieder eine Anzahl junger Arbeitsloser, die zum Teil auch obdachlos sind, der Demoralisierung der Großstadt und der Arbeitslosigkeit ausgesetzt worden.)

Anmerkung der „Deutschen Rundschau“: Die in Klammern wiedergegebenen Stellen wurden vom „Dziennik Bydgoski“ nicht gebracht.

*

Das erste polnische Arbeitslager eröffnet!

Das erste polnische freiwillige Arbeitslager für Jugendliche wurde, wie das Warschauer „ABC“ meldet, im Dombrowaer Revier errichtet. Nach den bestehenden Vorschriften können in das Lager junge Leute vom 17. Lebensjahr an aufgenommen werden. Die Arbeitsfähigkeit muß durch ärztlichen Befund festgestellt werden. Für einen Arbeitstag erhalten die Arbeiter volle Verpflegung und 50 Groschen Lohn. Außerdem erhält jeder eine Monatszulage von fünf Złoty.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 5. März.

Veränderliches Wetter!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet veränderlichen Witterungscharakter an.

Gemeinsame Sitzung

der Kreisgruppen Bromberg, Schubin und Wirsitz der Welage.

Zu besonderen Anlässen pflegen die drei benachbarten Kreisgruppen der Welage Bromberg, Schubin und Wirsitz ihre Mitglieder zu einer gemeinsamen Sitzung einzuberufen. Am vergangenen Sonnabend lag der Anlaß darin, daß Landwirtschaftsassessor Keilholz-Stettin für einen Vortrag gewonnen worden war, und demzufolge war es für diese Kreisgruppen günstiger, in einer gemeinsamen Sitzung diesen Redner zu hören, als ihn für alle drei Gruppen besonders zu verpflichten. Nicht zuletzt sprach die Tatsache mit, daß eine gemeinsame Sitzung der beruflichen und völkischen Gemeinschaft förderlich ist.

Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende der Bromberger Kreisgruppe Rittmeister a. D. Falkenthal und übergab als Gastgeber dem Vorsitzenden des zu Gaste weilenden Wirsitzer Kreisvereins, Herrn Gutsbesitzer Ramm den Vorsitz. Vorher hatte die Kreisgruppe Bromberg in einer besonderen Sitzung ihre Vertreter für die außerordentliche Delegierten-Versammlung der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Posen ernannt.

Zur Tagesordnung übergehend erteilte Gutsbesitzer Ramm das Wort Herrn Assessor Keilholz zu seinem Vortrag über „Bekämpfung der Schäden in landwirtschaftlichen Betrieben und Pflanzenschutzmaßnahmen“. Der Vortragende befaßte sich insbesondere mit der Bekämpfung von Feldmäusen und Ratten, gab hierbei eine Reihe von praktischen Anweisungen und ging zum Schluß seiner Rede auf Pflanzenkrankheiten und deren Vorbeugungsmaßnahmen über. Er schloß seine Ausführungen mit dem Satze, daß jeder Landwirt so viele Schädlinge auf seinem Boden habe, wie er verdiene. Der Vortrag löste eine lebhafte Aussprache aus. Aus Kreisen der Landwirte wurden weitere praktische Anweisungen über die Bekämpfung von Schädlingen gegeben. Herr Brandt vom Bromberger „Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsverein“ berührte die Frage der Frühjahrsbestellung und empfahl den Anbau von Ölfrüchten, insbesondere Leinsaat. Er wies ferner auf den notwendigen Anbau von Luzerne hin. Über den Anbau der Luzerne sei für den praktischen Landwirt bereits eine einschlägige Literatur erschienen, die jeder Interessent im Ein- und Verkaufsverein erhalten könne. Herr Ramm ergänzte diese Ausführungen.

Mit einem besonderen Dank an die Erschienenen konnte der Leiter die gemeinsame Sitzung schließen.

---

§ **Während der Beratungen über den Haushaltsvoranschlag** im Stadtparlament **kam es noch zu einigen** interessanten Hinweisen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Im Teil VI des Haushaltsplanes ist im § 97 die Summe von 7650 Złoty in der gleichen Höhe enthalten wie im Vorjahre. Sie soll verwandt werden, um Hausbesitzern, die arbeitslose Mieter haben, die Kosten für das Wasser und die Kanalisationsgebühr zurückzuerstatten, da der Hausbesitzer diese Kosten tragen muß, auch wenn er keine Miete bekommt. Im letzten Jahr ist nur ein ganz geringer Teil der oben genannten Summe zur Verwendung gekommen, da die Bedingungen zu eng begrenzt waren. Im Verlaufe der Aussprache hat sich in diesem Jahre der Magistrat dazu entschlossen, die Bestimmungen zu mildern. Zur Erlangung einer solchen Unterstützung müssen besondere Anträge eingereicht werden. — In dem Etat des städtischen Fuhrparkes sind im § 11 (Laufende Unterstützungen) Beträge in Höhe von 15 360 Złoty vorgesehen. Die Revisionskommission Jendrike-Stoll hat im Vorjahre festgestellt, daß z. B. überalterte Feuerwehrleute nach langer Dienstzeit bei der Feuerwehr für einige Jahre dem städtischen Fuhrpark überwiesen wurden, um dann dort pensioniert zu werden. Der Magistrat wird eine dementsprechende Verrechnung und Aufteilung der Unterstützungssummen vornehmen. — Eine Angelegenheit, die schon lange der Anlaß zu zahlreichen Beanstandungen und, wie wir erfahren haben, verschiedenen Eingaben geführt hat und möglicherweise auch zu einem Prozeß führen wird, kam bei der Beratung des Kapitels Subventionen zur Sprache. Im § 53 dieses Abschnittes des Haushaltsplanes sind nämlich 1000 Złoty für das Städtische Konservatorium eingestellt gewesen. Die Haushaltskommission hat den Betrag sogar auf 2000 Złoty erhöht. Stadtv. Jendrike (Deutsche Fraktion) wies darauf hin, daß der Name dieses Instituts (Miejskie Konserwatorjum Muzyczne) irreführend ist, da die Stadt weder rechtlich noch finanziell die Trägerin der Anstalt ist. Ohne die Subvention zu beanstanden, stellte Stadtv. Jendrike den Antrag, das betreffende Institut aufzufordern, seinen Namen zu ändern. Man könne nichts dagegen haben, wenn das Institut seiner Firma beifüge (przez Miasto subwencjonowane) — aber die Bezeichnung „Städtisches Konservatorium“ sei eine durch die Stadtverwaltung stillschweigend geduldete Irreführung der öffentlichen Meinung. Der Antrag des deutschen Stadtverordneten wurde nach einer Gegenerklärung des Stadtv. Beyer abgelehnt.

§ **Zwei ausverkaufte Häuser** — ein in letzter Zeit so selten zu verzeichnendes Ereignis in unserem Theaterleben — hatte die „Deutsche Bühne“ am gestrigen Sonntag aufzuweisen. Die Sonntagnachmittags-Aufführung bewies, daß der „Krach um Jolanthe“ noch immer wohltönend und erheiternd genug ist, um ein Theater durch Lachsalven fast zum Bersten zu bringen. Am Abend wollte das Bromberger deutsche Publikum sich davon überzeugen, was denn eigentlich da nicht stimme in dem Schwank „Da stimmt was nicht“ und ist auch dahinter gekommen. Das famose Zusammenspiel, die interessanten Verwicklungen und die Lösung des Knotens trugen zusammen mit den tollen Einfällen des Verfassers dazu bei, eine wundervolle Stimmung unter den Zuschauern hervorzuzaubern. An einem Tage die „Deutsche Bühne“ zweimal ausverkauft — der Chronist nimmt kopfschüttelnd Notiz davon und murmelt: „Da stimmt was nicht!“ Oder vielmehr: es stimmt! So müßte es immer sein; wir wünschen es jedenfalls der Bühne.

§ **Zwei schwere Verkehrsunfälle** ereigneten **sich am Sonnabend und am Sonntag. Am Sonnabend gegen 5 Uhr nachmittags fuhr der in Bromberg wohnhafte 20jährige Edmund Bogacki von Osielsk kommend auf der Danziger Chaussee die Anhöhe von Myslencinek mit seinem Fahrrad herunter. Dabei wurde er von einem Automobil überholt und gestreift, so daß er zu Boden stürzte und besinnungslos liegen blieb. Das Auto kümmerte sich nicht um den Verunglückten, sondern fuhr mit erhöhter Geschwindigkeit davon. Die nach einiger Zeit benachrichtigte Rettungsbereitschaft erschien in wenigen Minuten an der Unfallstelle und schaffte den Verunglückten in das Städtische Krankenhaus, wo man einen sehr schweren Schädelbruch feststellte. — Von einem Unglücksfall betroffen wurde am Sonntag vormittag die Familie des Grundstücksvermittlers Leo Sokołowski, Elisabethstraße (Sniadeckich) Nr. 52. Das einzige Söhnchen der Eheleute, der dreijährige Bogdan, spielte mit anderen Kindern in der Karlstraße (Warszawska) auf dem Bürgersteig. Plötzlich eilte der Kleine über die Straße und wurde im gleichen Augenblick von einem herannahenden Auto, das einem Trupp Soldaten ausweichen wollte, zum Entsetzen der zahlreichen Straßenpassanten erfaßt, zu Boden gerissen und einige Meter weit mitgeschleift. Das verunglückte Kind wurde vom Chauffeur des Autos nach dem Städtischen Krankenhause gebracht und nach Erteilung der ersten Hilfe dem St. Florianstift überwiesen, wo es jedoch kurz nach der Einlieferung an den Folgen des bei dem Unfall erlittenen schweren Schädelbruchs verstarb.**

Hast Du schon

die Ersparnisse vom gestrigen
Eintopfgericht

abgeliefert?

---

§ **Selbstmord** beging am Sonnabend der 35jährige etatsmäßige Feldwebel Tomasz Nowak durch Erhängen. Er führte die traurige Tat im Rinkauer Walde aus, wo die Leiche am Sonntag durch Spaziergänger entdeckt wurde. Der Grund zu der Tat soll in einer unheilbaren Krankheit gelegen haben.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verband für Jugendpflege. Heute 8 Uhr Versammlung aller Mitglieder. Es spricht Herr Lang. (2228

D. G. f. K. u. W. Am Sonntag, dem 11. März, nachmittags 4 Uhr 30 (pünktlich!) bringen wir im Zivilkasino eine **fröhliche Haus- und Geselligkeitsmusik**, dargeboten vom **collegium musicum** an der Technischen Hochschule Danzig, unter Leitung von Professor Dr. Frotscher-Danzig. Es wirken etwa 25 Instrumente und Sänger mit. Num. Plätze 2,— und 1,— Złoty einschließlich aller Zuschläge. (2247

Vier Brände innerhalb von drei Tagen.

ss. **Strelno**, 4. März. In vergangener Woche hat es in der Umgegend unserer Stadt nicht weniger als viermal gebrannt. Am Dienstag entstand auf dem Gehöfte des Landwirts Molenda in Zbytowo Feuer, dem der Viehstall, die Scheune und der Getreidespeicher zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf 15 000 Złoty beziffert. — Am Tage darauf brannten in den Vormittagsstunden auf dem Gute Rzeczyca eine Scheune, die 48 Fuhren Saatklee, 70 Fuhren Heu und 20 Fuhren Spreu enthielt, sowie der Fohlenstall nieder. Hier beträgt der Gesamtschaden 25 000 Złoty. — Ein drittes Feuer legte bei dem Landwirt Lindemann in Stodolno eine kleine Scheune mit einem angrenzenden Schuppen im Werte von 2000 Złoty in Schutt und Asche. In diesen drei Fällen konnte die Ursache des Feuers nicht festgestellt werden. — Am vergangenen Donnerstag stand plötzlich in der Abendstunde der etwa 100 Fuhren Stroh enthaltende Schober des Landwirts Stan. Pacholski in Ostrowo in Flammen. Im Verdacht der Brandstiftung steht ein 18jähriger Arbeiter aus Ostrowo, den die Bewohner kurz darauf ergriffen und der Polizei übergaben.

---

z **Inowrocław**, 4. März. Auf der Chaussee Inowrocław—Kruscha—Duchowna ereignete sich am hellichten Tage wiederum ein Banditenüberfall. Dort befanden sich zwei Brüder mit einem mit Kohlen beladenen Wagen auf dem Nachhausewege nach Markowice, als sie von vier unbekannten Banditen überfallen wurden, von denen einer mit einem Revolver bewaffnet war. Als sich die Brüder zur Wehr setzten, stürzte sich ein Bandit auf einen der Brüder und versetzte ihm mit einem schweren Gegenstand einige heftige Schläge. Die Überfallenen mußten zusehen, wie die Banditen sich mit Kohle beluden und auf ihren Rädern in der Richtung nach Inowrocław entkamen. Der Zustand des Verletzten ist sehr ernst.

Eine blutige Auseinandersetzung ereignete sich im Dorfe Krojczy unter zwei zwölfjährigen Schülern der dortigen Volksschule. Als sich Jeżurski, der dem Schüler Zajączkowski das Tintenfaß nicht reichen wollte, über die Bank beugte, versetzte Z. ihm mit einem Messer einen derartigen Stich in die Seite, daß es dem Lehrer nur schwer gelang, das Blut zu stillen. Der Knabe wurde in das Haus seiner Eltern geschafft; sein Zustand ist bedenklich.

& **Posen**, 4. März. Einen tragischen Tod erlitt gestern nachmittag bei der Überführung der Leiche eines Kasimir Krzysztogowski in die Leichenhalle dessen Witwe, indem sie von einem tiefen Schwächeanfall betroffen wurde, an dem sie eine Viertelstunde später im Krankenhause starb.

Der Polizei ist die Festnahme einer achtköpfigen Falschmünzerbande nach längeren Beobachtungen gelungen, die sich mit der Herstellung von Zehn- und Fünfzlotymünzen befaßte. Die „Werkstatt“ befand sich in der Wohnung eines Michael Zandecki, der die Seele des Unternehmens war und nun zusammen mit seinen 7 Helfershelfern den Weg ins Untersuchungsgefängnis antreten mußte. Zahlreiches Material wurde in der Wohnung beschlagnahmt.

Als Taschendiebe festgenommen wurden Marjan Maćkowiak, Kreuzstraße 8, Kasimir Marcyniak, Grabenstraße 13 und Albin Gołąbek, Obornikerstraße 2.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 52

Nach Gottes unerforschtem Rate entschlief sanft nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, am Sonnabend, dem 3. März, abends 11½ Uhr, im Alter von 33 Jahren, 4 Tagen, meine innigstgeliebte Frau, meine liebe Mutti, unsere gute Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante, Frau

Klara Kelm

geb. Schattschneider.

In tiefster Trauer
im Namen aller Angehörigen
Paul Kelm.

1151

Dąbie Nowe, den 5. März 1934.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. März, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Am 1. März 1934 starb unser langjähriges Aufsichtsratsmitglied Herr

Paul Zahn-Wyrobki.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen treuen Mitarbeiter, der stets für das Wohl der Genossenschaft eintrat.

Wir ehren sein Andenken. 2230

Brennereigenossenschaft Mogilno.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen
Frau Selma Fietz
findet am Mittwoch, dem 7. März, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Chrapice, den 5. März 1934. 2243

Zurückgekehrt
Dr. K. Szymanowski
Augenarzt
1116 Gdańska 5.

Haushaltungskurse Janowitz
Janówiec, pow. Znin.
Unter Leitung geprüfter Fachlehrerinnen.
Gründliche Ausbildung im Kochen, Backen, Schneidern, Weißnähen, Plätten usw.
Schön gelegenes Heim mit großem Garten. Elektrisches Licht. Bäder.
Der volle hauswirtschaftliche Kursus dauert 6 Monate. Er umfaßt eine **Kochgruppe** und eine **Schneidergruppe** von je 3 Monate Dauer. Ausscheiden auch nach 3 Monaten mit Teilzeugnis für Kochgruppe oder Schneidergruppe möglich.
Der Eintritt kann zu Anfang jeden Vierteljahres erfolgen. 2073
Beginn des nächsten Kursus **am 5. April 1934.**
Pensionspreis einschließlich Schulgeld 80.— zł monatlich.
Auskunft und Prospekt gegen Beifügung von Rückporto. **Die Leiterin.**

Neuzeitlicher 2218
Privat-Unterricht
in einfacher, doppelter u. amerikanischer **Buchführg.**, kaufm Rechnen, Handelskorrespondenz, Kontorpraxis, Gesetzeskunde u. allen anderen Handelswissenschaften.
Georg Fibich,
Bydgoszcz, Hetmańska 20

Grabmäler 1127
Umfassungen, Kreuz, Tafeln jeder Art, verkauft am billigsten und reellst. **Marsz. Focha 36,** frühere Wilhelmstr.

Kinderwagen
empfiehlt 0000
F. Kreski,
ul. Gdańska 9.

Habe noch einige Posten meiner 2002
Erbse „Perła-Wronowska" Orig.
per 100 kg 50.— zł
„Perła-Wronowska", 1. Absaat,
per 100 kg 40.— zł
anerkannt von der
Wielkopolska Izba Rolnicza in Poznań, abzugeben.
Die Perła Wronowska ist gezüchtet aus der Mahndorfer Viktoriaerbse auf höchste Ertragsfähigkeit, Frühreife, gutschließende Schote. Versand gegen Nachnahme bezw. vorherige Einsendung des Betrages. Säcke zum Selbstkostenpreis v. 1.80 zł od. franko einzusendende Säcke.
Wronów, poczta Koźmin
pow. Krotoszyn, Tel. Koźmin 3.

Gutsitzende Korsetts
Świetlik, Długa 40,
Wohnung 5. 1020

Achtung, Landwirte!
Billige Anfert. v. Bürst. und Kartätschen, wenn Roßhaar geliefert wird
1031 **Grunwaldzka 78,** II.

Entlaufen schwarz. **Terrier** (Rüde), Stirn weiß gezeichnet. Abzugeben: **H. Lemke, Dworcowa 43**
1152

Gelbfleischige Frühkartoffel.
Holländer Erstlinge zum Ankeimen
anerkannt durch W. I. R., liefert jeden Posten zum Preise von **5 zł** per 50 kg. 2047
Dom. Gorzyn, powiat Międzychód.

Original Futterrübensamen
Substantia
Großer Ernteertrag, hoher Gehalt an Nährstoffen sowie vorzügl. Haltbarkeit
sind die allgemein anerkannten Vorzüge unserer seit 1900 systematisch gezüchteten Futterrübe.
Preis 75 zł für 50 kg ab Station ŚRODA
Wiederverkäufer erhalten Rabatt 1685
Saatzuchtwirtschaft Słupia-Wielka p. Środa

Heirat

Landwirt Mitte 30er, 112 Mrg. Eigent., **sucht** nette Lebensgefährtin im Alter von 25–35 J. **zw. bald. Heirat** kenn. zu lernen. Witwe ohne Anhang ang.. Vermög. 12—15000 zł erw. Ang mit genauer Angabe und Bild, welch. zurückgesandt wird, u. **E. 1144** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Evang., solider, strebs. **Landwirtssohn,** 25 J., etw. Verm., w. in **Landwirtsch. einzuheir.** Off. mit Bild u. **Z. 1118** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

---

2 Landwirtstöchter oh. Anhang, 23 u. 30 J., evgl., Vermög. 15000 u. 30000 zł, wünschen sich **zu verheiraten.** Diskretion zugesichert. 1028 **„Postep",** genehm. Ehevermtlg., **Sniadeckich 43**

Fräul., 31 Jahre alt, evangel., angenehme Erschein., 5000 Zł. Vermögen u. Aussteuer, sucht
Lebensgefährten.
Gärtner oder Förster bevorzugt. Freundliche Offerten unter **J. 2115** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evangelischer
junger Mann
28 Jahre alt, in fester Stell. (Molkereifachm.) wünscht die Bekanntsch. einer jungen Dame
zwecks Heirat.
Es komm. nur Damen, denen es an ein. trauten Heim geleg. ist, in Frage. Gute Ausst. erwünscht. Off. u. **Glückauf R. 2170** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Alleinsteh. Dame
in mittler. Jahren, gut aussehend, möchte gern mit **Herrn in Briefwechsel treten zwecks**
späterer Heirat
auch Witwer angen., eventl. auch als **Wirtschafterin** in frauenlosem Haushalt. Frdl. Zuschriften erbitte unt. **W. 2215** an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Jg. Geschäftsmann
Ende 30., kath., selbständig, mit 9000 zł, wünscht
Einheirat
in Hausgrundstück oder kleine Landwirtsch od. etwas Vermög. zwecks **Kauf eines klein. Grundstücks.** Offert. mit Bild unt. **S. 2171** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erbet.

Landwirt 32 J., ev., **sucht** pass. Lebensgefährtin, gebildet, angen. Aeußere, wirtschaftlich. Um das väterliche Gut (Wert ½ Mill.) übernehmen zu können, Vermögen erwünscht. Gefl. Zuschriften an den Verlag **„Libertas" G. m. b. H. Łódź,** Piotrkowska 86, unter **„Landwirt".** 2186

Alter evgl. Herr sucht **Bekanntschaft evtl. Heirat** mit ält. alleinsteh., evgl., gebild. Dame ohne Anhg. Polnisch in Wort u. Schrift. Schriftliche Offert. u. **E. 2108** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Zwei junge Damen
aus einer klein. Stadt. haben das einsame Leben satt. Sie suchen
zwei Herren
über 30 Jahr, groß. schlank, brünett, mit gutem Honorar. Sie treiben Sport und vergnüg. sich gern. Wem's gefällt, bitte Antw. mit Lichtbild, Ihr Herrn! Offert. unt. **O. 2168** an die Geschst. d. Zeitg. erb.

Geldmarkt

Teilhaber(in)
mit ein. Barkapital von 8—15 000 zł, zu einem konkurrenzlos, gutgeh. Geschäfts-Unternehm., im Zentrum Bydgoszcz, gesucht. Off. erbet. unt. **„100% Garantie"** an
Agencja Reklamy Prasowej,
Dworcowa 54. 2211

Offene Stellen

Einfachen, energischen,
evgl. Wirtschafter
für 1350 Morgen, sucht
Małe Lniska,
pow. Grudziądz. 2198

Gesucht wird einfach., älter., unverheirateter
Hofvogt oder Wirtschafter
der auch mit Hand anl., bei bescheid. Ansprüch. zum 1. 4. d. J. Lebenslauf mit Zeugnisabschr. u. Lohnforderung. an
Gutsv. Chartołomie,
pow. Chojnice. 2206

---

2 Gärtnerlehrlinge
Söhne achtbar. Eltern, d. poln. u. dtsch. Sprache mächtig, **sucht von sof.**
Heinr. Salzbrunn
Toruń-Mokre, 2234
ul. Kościuszki 25.

Suche von sofort oder später ein tüchtiges
erstes Mädchen,
welch. selbständ. koch. u. plätten kann, sowie ein
zweites Mädchen.
Kenntnis der polnisch. Sprache in Wort Bedingung. Ang. m. Gehaltsanspr., Zeugnisabschr. u. Bild. Frau
Baumeister Koch, Chojnice. 2229

Düngekalke
in jeder Gattung
ff. gemahlenen kohlensauren Kalk
ff. „ gebrannten Kalk
gemahlene u. ungemahlene Kalkasche
liefert zu billigsten
Originalfabrikpreisen
Gustav Glaetzner
Poznań 3, Jasna 19 (Haus Bristol)
Tel. 6580 und 6328. 1922

Fa. Fr. Hartmann, Oborniki
Gartenbaubetrieb und Samenhandlung
offeriert
Feld-, Gemüse- und Blumensamen
für Gärtnerei und Landwirtschaft
Spezialität:
Beste erprobte Markt- und Frühgemüse, Futter-Rüb., Eckendorf. Riesen-Walz., Futtermöhren, Wruken u. dergl.
Gemüse- u. Blum.-Samen in kolorierten Tüten.
Obstbäume in besten Sorten.
Beeren-Sträucher, Ziersträucher und mehrere tausend **Mahonienpflanz. Erdbeer-, Spargel- und Rhabarberpflanzen.**
Rosen Ia in Busch- u. Hochstamm,
Frühjahrsbl.-Stauden u. ausdauernde **Stauden z. Schnitt.**
Massenvorräte **Edel-Dahlien** in ca. 100 Prachtsorten. **Gladiolen,** neueste amerikan. Riesen.
Dieses Jahr spottbillige Preise!
1695
N. B. **Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer und größeren Bedarf. Der Betrieb umfaßt etwa 75 Morgen.**
Das neue illustr. Preisverzeichnis gratis.

Stellengesuche

Landw. Beamter
30 Jahre alt, evang., im äuß. intensiv. Betriebe wirk. und an strengste Tätigk. gewöhnt, möcht. sich a. bestimmt. Gründ.
verändern.
Offerten unter **M. 1084** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Perf. deutsch-polnisch., engl. **Korresp., Buchhalter sucht Arbeit,** auch stundenweise. Zuschriften unt. **C. 927** an die Geschst. d. Zeitg. erb.

Pensionierter Beamter
46 Jahre, alleinstehend, kath., **sucht körperliche oder schriftl. Beschäftig.** Bescheid. Anspr. Off. u. **U. 1109** an d. Gst. d. Ztg.

Junger Mann
21 J. alt, d. Delikatessen- u. Kolonialw.-Branche, d. deutsch. u. poln. Spr. mächt., **sucht** vom 1. 3. 34
Stellung.
Offerten unter **R. 2042** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jg. Gehilfe 20 J., evgl., Kolonial- und Eisenw. Kenntn. in Büroabeit. (Schreibm.) sucht Stellg. **Berufshilfe Poznań.** 2222

Müllergeselle
(Waise), 23 Jahre alt, evangelisch. flott und tüchtig, **sucht** Stellung. Mitarbeit auch in Landwirtschaft. Offerten erbittet unter **B. 2236** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Bäckergeselle
27 J. alt, evgl., welcher selbständig arbeit., auch in **Konditorwaren, sucht** von sofort oder später Stellung. Angebote unter **C. 2241** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Unverh. Chauffeur und Kutscher
sucht Stellg. v. 1. 4. 34. Offerten unter **P. 1095** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger Gärtner
bewandert in Gutsgärtnerei u. all. Zweig. d. Gartens, **sucht** Stellg. v. sofort. Off. u. **A. 1119** a. d. Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erb.

Junger Stellmacher
led., evtl. mit eigenem Handwerkszeug, sucht Stellung vom 1. 4. 1934 **od. Pachtstelle.** Gute Zeugn. vorh. Off. unt. **F. 1145** a. d. Gst. d. Ztg.

Danziger Kindergärtnerin sucht Stellung i. Polen. Off. u. **N. 1092** a. d. Geschst. d. Z.

Wirtin kath., mit gut. Zeugn., perf. in Gutswirtsch. u. Stadthaush., sucht Stellung. **Toruń, Mickiewicza 10/16.** 2217

Suche Stellg. z. 1. 4. als
Wirtschafterin oder Stütze.
Gute Zeugn. Gefl. Off. u. **B. 2203** a. d. G. d. Z.

Suche Stell. als Köchin, Jungwirtin o. Alleinmädchen. Offert. unt. **T. 1107** a d. Geschst. der Deutsch. Rundsch. erbet.

Evgl., jüngere **Wirtin** sucht neuen Arbeitskreis zum 1. 4. oder später als
Stütze oder Wirtin.
Mit mehrjähr. Praxis, gut bewandert in all. Zweigen eines herrschaftl. Haush. sowie Kochen, Backen Schneid. und Plätten. Uebernehme evtl. auch die Besorgung der Kinder. Offerten unt. **A. 2220** an die Geschst. d. Ztg.

Jüng. evangl.
Stubenmädchen
sucht Stellung z. 1. 4. od. später. Gut bewandert im Servieren u. Plätten. Übernehme auch das Betreuen d. Kinder Posen bevorzugt, aber nicht Bedingung. Off. u. **Z. 2219** an d. Gst. d. Z.

Geb. **Deutsche,**
18 Jahr, wünscht in Guts- od. Pfarrhaushalt die Wirtschaft zu erlernen. Ohne gegenseit. Vergütung, jedoch Familienanschluß Bedingung. Gefl. Off. unt. **B. 1116** an d. Geschst. d. Z.

Junges Mädel
Mitte 20, das bis jetzt den elterlich. Haushalt geführt hat, **sucht** zum 1. 4. **Stellung** im Haushalt oder zu Kindern. Offerten unter **G. 1148** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

An- u. Verkäufe

Hausgrundstück 1147
mit 2 Morg. Land, zu verk. **Kapuścisko Małe,** Łęczycka 16, **Bydgoszcz.**

Gelegenheitskauf. Privat-Wirtschaft,
50 Morg., leb. und tot. Inventar, z. verk. Preis 14 500 zł, Anzahl. 9000 zł.
Rudy, Łążyn, p. Rzęczkowo, pow. Toruń. 1100

Zweist. Haus
Zentr., Pr. 13000, verk. **W. Małek, Gdańska 46.**
1113

Verkaufe meine
Gastwirtschaft
auf dem Lande oder **tausche auf Haus- od. Landgrundstück.** Objekt privat ohne Schulden. Offert. von ernstdenkend. Reflektanten bitte unt. **D. 2242** an die Geschst. d. Zeitg. zu richt

---

Grundstück
mit Garten, geeignet für Handwerker oder Landwirt, sow. **Möbel,** todeshalber sof. preiswert zu verkaufen. 2022
Chodzież,
ulica Zwycięstwa 4.

Lebensmitt.-Gesch.
mit Einrichtung billig zu verkauf. **Grundtke.** Welniany Rynek 12. 1131

Sichere Existenz!
Objekt 12000 zł
umständehalber sofort **billig zu verkaufen od. zu verpachten.**
Off. unt. **B. 1120** a. d. Geschst. d. Ztg

Wegen staatl. Landauskaufs bill. verkäufl.
7 ältere Pferde
Rittergut Paparzyn,
pow. Chełmno. 2246

Einen sprungfähigen, sehr schön geformten
Zuchtbullen
verkauft **Buhse** 2231
Bratwin, p. Grudziądz.

Schwere hochtrag. Kuh (3. Kalb), abzugeben.
Toruńska 44. 1111

Verkaufe eine hübsche, sehr wachsame u. scharfe 1½ J. alte, rassereine
Boxerhündin
bester Schutzhund. 2111
Jeschke Piotrowice,
poczta Święciechowa,
powiat Leszno.

Zur Blutauffrischung
gebe noch folg. Geflügel ab: **3.0 helle Brahma** à 6 zł, **1.1 Zwerge Mille fleurs** à 5 zł, **3.4 Virg. Schnee-Puten** à 10 u. 8 zł, **0.2 Bronze-Puten** à 8 zł, **1.0 Rouen-Enten** à 6 zł. 1029
Mittelstaedt
Bydg., Senatorska 81.

Bruteier
rassereiner, dunkelroter **Rhodeländer** gibt ab à 20 gr p. Stück **Tiabrt, Rozgarty,** poczta Rudnick-Grudziądz. 2130

Schlafzim., eich. Spinde, Sofa, Bettstelle mit Spiral, verkauft billig **Nakielska 15,** Tischlerei.
1080

Eichener Schreibtisch u. 6 nußbaum. Stühle zu verkaufen 1130
Hetmańska 18, Wohn. 3.

Bücher! Magazine, Romanhefte
An- und Verkauf
Tausch- und Verleih
Agentura gazet, Długa 23 róg Jezuickiej. 1139

Gelegenheitskauf!
Ältere **Nachlaßmöbel** bestehend aus: **Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche** u. sonstige Einzelmöbel, billig zu verkf. Besichtigung täglich zwisch. 2—4 Uhr nachm.
Dworcowa 59
Wohnung 2. 2193

Kaufe bei Barzahlung
gebrauchte Möbel
sow. alle and. Sach. 1132
Weln. Rynek 8, Laden 1.

Kutsch- und Geschäftswagen
billig zu verkaufen.
1051 **Hetmańska 25.**

Gute Waschmaschine
zu verkaufen. 1138
Bielawki, Stepowa 12.

Zu verkaufen 2201
Strickmaschinen
für Strümpfe u. Pullover, mit Anlernen.
E. Hundt, Grudziądz,
Mickiewicza 23.

Wegen Auswanderung billig **zu verkaufen: 1 komplett. Schrotgang,** franz. Steine, ϕ 125 cm, **1 Rohölmotor,** 16 PS, **1 Walzen-Schrotmühle,** Mod. Stilles Pat., **ein Leinkuchenbrecher, drei Lochstanzen, 1 Schweißapparat, eine Säulenbohrmaschine, Transmissionen, Lager usw.** Gefl. Off. unt. **W. 2077** a. d. Geschäftsstelle der Deutsch. Rundsch. erb.

Sehr gute 2237
eiserne Drehbank
deutsch. Fabrik., Drehlänge über 2 m., preiswert zu verkaufen.
Fr. Fiessel,
Dąbrowa - Chełmińska,
p. Chełmno.

Deering-Traktor
Type 29
dazu kombinierten
Zwei- u. Dreischar Sack CZ 9
nebst Schälkörper
außerdem fast neuen
IHC Zapfwellenbinder
zum Traktor passend m. 8 Fuß Schnittbreite (Tagesleistung 45 Mrg.)
verkauft 2239
Saatzuchtwirtschaft Zamarte, p. Ogorzeliny, pow. Chojnice.

Wegen Doppelbesitz **verkaufe** ich
Rittergut
bei **Liegnitz, 1000 Morg. Acker und Wiese** in bester Kultur. Gebäude und Inventar gut. Geregelte Hypotheken. Forderung 275 Mille, Anzahlung 75 Mille. Anfragen ernsthafter Selbstinteressenten an: 2189
M. Piegsa, Güterkaufmann
Liegnitz - Schles., Moltkestraße 19.

Forstpflanzen
gesund und stark gibt wieder ab 2225
v. Blücher'sche Forstverwaltung
Ostrowite, kol. Jabłonowem, Pomorze.

= Stacheldraht =
neu, leicht angerostet,
Drahtgeflecht, verzinkt und schwarz,
billig abzugeben. 2195
Nachemstein, Eisenhandlung, **Toruń.**

---

1 neue Stiftendreschmaschine mit Walzen, für Langstroh, **1 Landauer, 1 Milchkessel** für 1000 Liter, günstig zu verkaufen. 1108
A. Ratajczak,
Miedza 6.

---

1 Paar
Kutschgeschirre
gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offert. unter **U. 2192** an d. Geschäftsstelle dies. Zeitg. erbet.

Gebrauchte
Oel-
Karbolineum-,
Teer-
Barrels,
sowie **Fässer,**
30 bis 100 Liter, fülldicht, kauft lauf. und erbittet billigst Angeb.
Teerindustrie A.-G.
Danzig-Ohra
Neuer Weg 14—16
Fernsprecher 221 87
2240 221 88

Silberhafer
I. Absaat 22.— zł per 100 kg, Ligowo Verbesserung,
Kronenhafer
II. Absaat 20.— zł per 100 kg (16 Zentner per Morgen Ertrag). 2238
Alfred Ziehm, Gręblin, Post Subkowy Tel. 14.

Ca. 150 Zentr. gutes
Klee- u. Wiesenheu
I. Schnitt, verkauft
Rose, Pruszcz 1079
pow. Świecie (Pom.)

Ca. 1000—1500 Ztr. gut.
Roggenstroh
hat abzugeben 2191
Dom. Jadowniki.
pow. Znin.

Pachtungen

Achtung! In Bydgoszcz 4½ Morg. Land, gezäunt, an gepflastert. Straße u. Wasser geleg. sehr f. Gärtnerei geeign. günst. zu verp. Daselbst eine Scheune mit angrenzendem Land zu verpachten. **Herzberg.** Szubińska 15. 1142

Suche ein Gut
von 400 bis 800 Morg. zu pacht. oder zu kaufen. Genaue Ang. u. **S. 1105** a. d. Geschst. d. Zeitg erb.

Verpachte **Haus** mit 5 Mrg. Land. **Gołębia 16,**
1123

Kolonialwaren-Geschäft
verbunden mit Restauration und Fleischerei mit Motorbetrieb, a. d. Hauptstraße in Kreisstadt Pommerellens gelegen, v. sofort einzeln zu **verpachten.** Offert. unter **M. 2162** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Verpachte
Wirtschaft
bei Bydgoszcz, 65 Mg. Land, Weiz.- u. Rübenboden, Gebäude erstkl., Invent. komplett. Zur Uebern. 2600 zł erford.
Warzecha, Bydgoszcz, Wierzbickiego 3. 1146

Zu pachten gesucht: kl. Wassermühle oder gut. **Windm.-Grdstck.** od. pass. Stelle z. Mehlniederl. Ausf. Ang. unt. **M. 1835** Ann.-Exped. **Wallis, Torun.** 2194

Für kleine Wassermühle
Afterpächter
gesucht. Zur Übernahme sind etwa 2000 zł erforderlich. Zuschrift. unter **H. 2114** an die Deutsche Rundsch. erb.

---

4 Morgen Gartenland
zu verpachten. 1137
Sägewerk Toruńska 57.

Fabrikraum 1143
zu verm. **Pomorska 15.**

Deutscher Abend
Reinertrag für die Deutsche Winterhilfe
am Dienstag, dem 6. März, abends 8 Uhr, im Civilkasino, Gdańska 20:
„Ewig liebe Heimat".
Vortrag: Willi Damaschke.
Am Flügel: Gertrud Klein.
Männer-Turnverein Bromberg: Abteilung „Volkstänze" unter Leitung von Gertrud Zimmermann.
Chorgesang: Männer-Gesang-Verein „Germania".
Numerierte Eintrittskarten zu 99 gr und 49 gr (außer Steuer) in Johne's Buchhandlung, Danzigerstr. und an der Abendkasse.
2079 **Der Arbeitsausschuß.**

Offeriere 400 bis 500 m geschälte 2091
trockene Kloben
frei Station Tuchola. Vorjähriger Einschlag von 100jähr. Bestand.
Leon Thiel,
Tuchola. Telefon 10.

Wohnungen

2-Zimmer-Wohng. m. Küche im Zentr. der Stadt gesucht. Off. unt. **H. 1150** a. d. Geschst. d. Z.

---

1 Zimm. u. Küche z. vm
1149 **Nakielska 8, W. 1.**

Möbl. Zimmer

Besserer Lehrling oder **Schüler** findet freundl. Zimm., evtl. Pension m Klavier. 1403 **Wicher, Zduny 2,** II 8, alte Nr. 21.



Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Donnerstag, 8. März 34,
abends 8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Operette in 3 Akten von Hermann Haller und Riedeamus, nach einem Lustspiel von Max Kempner-Hochstädt, Musik von Eduard Künneke.
Eintritts-Karten wie üblich 2245
Die Direktion.

Pommerellen.

5. März.

Graudenz (Grudziądz)

Der Wirtschaftsverband städtischer Berufe,

Ortsgruppe Graudenz, Abteilungen Handwerker, Kaufleute Industrielle und Hausbesitzer, hielt Freitag abend im „Goldenen Löwen" eine gemeinsame Sitzung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Obmann Fabrikbesitzer Adolf Domke jun. wies in seinen Eröffnungs- und Begrüßungsworten auf die Notwendigkeit noch festeren Zusammenschlusses und des daraus sich ergebenden Erfordernissen der Werbung weiterer Mitglieder hin. Nur dann könne eine energische, fruchtbringende Vertretung auch der Interessen der städtischen Wirtschaftszweige durchgeführt werden.

Hauptgeschäftsführer Schramm-Bromberg sprach sodann in ausführlicher, eine gründliche Beherrschung des Stoffes verratender Weise über die neue Sozialgesetzgebung. Mit Rücksicht darauf, daß die in Rede stehende Materie in der „Deutschen Rundschau" schon oft und eingehend genug behandelt worden ist, sei von einer Wiederholung hier abgesehen. In einem zweiten Referate verbreitete sich der Redner über die finanzministerielle Verordnung vom 30. Januar d. J. betr. Umgestaltung der pauschalisierten Umsatzsteuer für kleinere Betriebe. Dieser unterliegen Handelsunternehmen der 2. Kategorie, welche mit Artikeln handeln, die Merkmale einer seinen Produktion tragen (z. B. Fayencen, Edelsteine, Maschinen), weiter der größte Teil der Gewerbebetriebe der 6., 7. und 8. Kategorie, wenn der Durchschnittsumsatz aller dieser vorgenannten Betriebe für die Steuerjahre 1930 und 1931 die Summe von 45 000 Złoty nicht übersteigt. Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 1930 entstanden sind, ferner Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw., sowie Unternehmen, die bis zum 15. März 1934 dem zuständigen Finanzamt eine schriftliche Erklärung abgeben, daß sie die vorschriftsmäßigen Bücher führen, sowie schließlich Unternehmen, deren Umsatz zu über 50 Proz. aus solchen Artikeln erzielt wird, die der sog. vereinigten Umsatzsteuer unterliegen (Zucker, Salz usw.), unterliegen nicht der pauschalisierten Umsatzsteuer. Der Steuersatz beträgt etwa 1 Prozent vom Durchschnittsumsatz 1930 und 1931. Vom Redner wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die in Frage kommenden Betriebe die vorerwähnte, bis zum 15. März d. J. vorzunehmende Anmeldung nicht versäumen möchten, da deren Unterlassung eine Besteuerung nach Maßgabe des Durchschnittsumsatzes von 1930 und 1931 zur Folge haben könnte. Beide Vorträge des Referenten fanden bei den Zuhörern gespannteste Aufmerksamkeit und aufrichtigste Anerkennung.

Vom Leiter der Versammlung wurde danach unter Hinweis auf das Land, das einer weit zahlreicheren Mitgliedschaft seiner Organisationen sich rühmen könne, wiederum dazu appelliert, daß die Angehörigen der städtischen Berufe diesem Beispiele folgen und ebenfalls für eine wirkungsvolle Vergrößerung ihrer Interessenvertretung, des Wirtschaftsverbandes, eifrigst tätig sein möchten. Hauptgeschäftsführer Schramm unterstrich diesen Appell noch energisch und forderte gleichfalls zu unermüdlicher, planvoller Propagandaarbeit für den Verband auf. Jedes Mitglied solle wenigstens ein einziges neues Mitglied werben. Mit Dankesworten an den Redner des aufschlußreichen Abends sowie mit der Bitte an die Teilnehmer, auch weiterhin der Organisation Treue und Interesse zu bewahren, schloß Obmann Domke sodann die Versammlung. *

× **Sein Leben eingebüßt** hat Sonnabend früh gegen 8 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof der 33jährige Arbeitslose Sylwester Zwoliński. Er befand sich dort mit einer größeren Anzahl Genossen, die sich an einen mit Holz beladenen Waggon herangemacht hatten, um sich auf unerlaubte Weise mit Brennmaterial zu versorgen. Das bemerkte der diensttuende Bahnhofswärter Piatkowski. Er suchte die bereits auf dem Waggon befindlichen Diebe fortzujagen, wurde indes von ihnen mit Steinen beworfen. Darauf sah sich der in Notwehr Befindliche veranlaßt, einen Revolverschuß abzugeben, der den Z. traf und sofort tötete. *

× **Unter ein Personenauto** geriet am Freitag in der Culmerstraße (Chełmińska) ein 3—4jähriger Knabe namens Gorecki. Der Knabe hatte sich an ein Fuhrwerk gehängt und war beim Abspringen unter das Auto gerutscht. Zum Glück ging der Fall mit leichteren Verletzungen ab, so daß das Kind in elterlicher Pflege belassen werden konnte. *

× **Selbstmordversuch.** Mittels Einatmung von Leuchtgas suchte sich in der Nacht zum Sonnabend gegen 1 Uhr in ihrer Stube eine in einem hiesigen Hotel als erste Küchenmamsell angestellte 27jährige weibliche Person das Leben zu nehmen. Die Unglückliche wurde ins städtische Krankenhaus gebracht, wo sofort Hilfsmaßnahmen getroffen wurden, die den Erfolg hatten, daß ihrem Leben keine Gefahr mehr droht. Die Ursache des traurigen Schrittes soll Liebeskummer sein. *

× **Überfall.** Aus Dombrowken (Dąbrówka), Kreis Graudenz, kam am Freitag der em. Eisenbahnassessor Kleczkewicz, der dort ein Restgrundstück innehat, nach Nitzwalde (Nicwałd), um auf der Post seine Pension abzuheben. Nachdem er 207 Złoty erhalten hatte, verließ er das Postgebäude und bemerkte etwa 40 Schritt entfernt vier dort herumlungernde Männer. Als K. an ihnen vorüberging, sprang ein fünfter Mann (der Knecht Józef Romanowski, wie später festgestellt wurde) auf K. zu, griff ihn am Hals, würgte ihn, rief „Gib das Geld her!" und schlug ihn mehrmals mit einem Stock über den Kopf. K. fiel zu Boden, blieb aber dank dem Hinzukommen zweier Frauen vor der Beraubung bewahrt, da der Bandit, ebenso wie die anderen Verdächtigen, verschwand. Die Tarpener Polizei, die von dem Vorfall benachrichtigt wurde, begab sich sofort per Auto nach Nitzwalde, und es gelang ihr, den Raubgesellen R., der bei dem Landwirt Walczak bedienstet war, zu arretieren. *

t **Der Sonnabend-Wochenmarkt** brachte wohl gute Zufuhr, ließ aber trotz des Monatsersten nur einen geringen Geschäftsgang bemerken. Die Butter kostete 1,30—1,50, **Eier gab es eine ganze Masse, man zahlte 1—1,10;** für Äpfel 0,35—0,70, drei Zitronen 0,25, Radieschen Bundchen 0,35 bis 0,50, Rhabarber 0,30—0,40, Spinat 0,60—0,70, Schnittlauch 0,10—0,25, Rosenkohl 0,35, Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Mohrrüben 0,10—0,15, weiße Bohnen 0,20—0,30, rote Rüben, Wruken, Zwiebeln je 0,10, Kartoffeln Zentner 2,50—2,60, Pfund 0,03, Grünzeug Bundchen 0,05—0,10, alte Hühner 2,50—3,50, Enten 3,50, Tauben Paar 1,20. An den Fischständen gab es nur Hechte zu 1,20—1,40, Schleie 1,40, große Bressen 1,00, Rotaugen 0,80, Plötze 0,60, frische Heringe drei Pfund 1,00, vier Pfund frische Sprotten 0,50, geräucherte Sprotten 0,40. Unter den Blumen sah man heute die ersten Gartenschneeglöckchen, diese ersten Frühlingsboten; das Sträußchen kostete 0,10—0,15, Palmkätzchen, Osterruten 0,05 und 0,10. Die zur Zeit üblichen Winterblumen gab es gleichfalls zu recht niedrigen Preisen. *

Thorn (Toruń)

Weder Petroleum noch Gold

Zu der in der vorigen Nummer unter dem Schlagwort „Petroleum- und Goldfunde in Podgorz?" können wir heute nun mitteilen, daß weder die angebliche Goldader Gold, noch die gleichzeitig entdeckte Quelle Petroleum enthalten. Die „Goldader" ist, wie die nähere Untersuchung ergab, nichts weiter als gewöhnlicher Glimmer, der einen Bestandteil des Granits darstellt. Bei der Verwitterung des Granits zerfällt der Glimmer in kleine Schuppen, welche sich mit der Zeit mit Eisenoxyd bedecken und dadurch ein goldschimmerndes Aussehen erhalten. — Bei der in der Erde gefundenen öligen Flüssigkeit handelt es sich allem Anschein nach um eine Mischung von Gasteer und Naphthalin, die sich aus schadhaften, aus früheren Zeiten stammenden Gasröhren in die Erde ergoß. * *

—

v. **Von der Weichsel.** Der Wasserstand erfuhr gegen den Vortag eine weitere Zunahme um 33 Zentimeter und betrug Sonnabend früh bei Thorn 3,33 Meter über Normal. — Am Freitag verließen die Schleppdampfer „Katowice", „Gdańsk" und „Szopen" mit je einem Kahn den Winterhafen und machten zwecks Aufnahme von Ladung am Weichselufer fest. * *

v **Sammlung für die Armen und Arbeitslosen.** Das Lokalkomitee des Arbeitsfonds der Stadt Thorn veranstaltet am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag (5.—8. März d. J.) eine Sammlung zugunsten der Armen und Arbeitslosen. An diesen Tagen werden mit Legitimationen und amtlichen Sammellisten versehene ehrenamtliche Helfer von Haus zu Haus ziehen und freiwillige Gaben sammeln. * *

‡ **Butterfälschung** wurde am Freitag während des Wochenmarktes in drei Fällen festgestellt und die Verkäuferinnen wurden durch die Polizei zur Strafanzeige gebracht. Außerdem kamen sechs Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Unterschlagung und fünf kleine Diebstähle zur Anzeige. — Festgenommen wurden zwei Personen wegen Trunkenheit und Ausschreitungen und eine Person wegen Veranstaltung verbotenen Glücksspiels. Als gefunden wurden ein Damenmuff aus Seehundsfell und verschiedene von der Kommunalsparkasse Thorn ausgestellte Quittungen im Fundbureau der Stadtverwaltung (Magistrat) abgegeben. * *

v **Hausbesitzerin als Ladendiebin.** In einem der hiesigen Geschäfte wurde kürzlich eine Besucherin der „Weißen Woche" gerade ien dem Augenblick ertappt, als sie mit Waren im Werte von ca. 20 Złoty unbemerkt verschwinden wollte. Die „gute Kundin" entpuppte sich als eine wegen Diebstahls bereits vorbestrafte Hausbesitzerin von hier, die sogar zwei große Mietshäuser ihr eigen nennt. * *

Im September vorigen Jahres legten die mit anderen Knaben am Eisenbahngleis in Mocker spielenden 13 bzw. 14 Jahre alten Brüder Henryk und Bolesław Maruszak einen Stein auf die Schienen, der aber von dem Maschinisten der bald darauf die Stelle passierenden Lokomotive noch rechtzeitig bemerkt wurde, so daß durch starkes Anziehen der Bremsen ein Unglück vermieden werden konnte.

Die beiden Tunichtgute hatten sich jetzt wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes vor Gericht zu verantworten. Mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter begnügte sich das Gericht im Sinne des Art. 71 des Strafkodex damit, die auf der Anklagebank sitzenden Kinder unter entsprechende elterliche Beaeufsichtigung zu stellen. * *

v **Wegen Dokumentenfälschung** hatte sich am Donnerstag der hier wohnhafte Bolesław Lewandowski vor dem Burggericht in Thorn zu verantworten. Der Angeklagte brachte seine Mutter durch Fälschung der Quittungen 11 Monate hindurch um ihre Invalidenrente ime Gesamtbetrage von 281,05 Złoty. Das Gericht diktierte dem ungeratenen Sohn, der seine Schuld eingestand und die Tat durch Arbeitslosigkeit und Not zu entschuldigen versuchte, eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr zu. * *

---

d. **Gdingen** (Gdynia), 4. März. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde hauptsächlich über Anleihefragen beraten. Man beschloß die Anleihe von 1 Million Złoty von der Bank Zachodnia unter den bisherigen Bedingungen auf 15 Monate zu prolongieren. Die kurzfristige Anleihe in Höhe von 300 000 Złoty von der Kom. Kreditbank wurde in eine langfristige umgewandelt. Eine längere Diskussion entstand bei der Beratung über die Aufnahme einer Anleihe von 25 000 Złoty in dem Lokalkomitee des Fundusz Pracy, die zum Bau der Straße Rhamel—Eichenberg verwendet werden soll. Da die Anleihe, die eventuell auch für andere Bauten wird verwendet werden können, zu 2 Prozent verzinst wird, beschloß man sie aufzunehmen. Nach Erledigung mehrerer anderer Angelegenheiten, wurde der Antrag um Aufklärung der Finanzverhältnisse in der städt. Verkehrsgesellschaft M. T. K. gestellt. Der ehemalige Direktor der Gesellschaft, der längere Zeit im Auslande weilte, könnte jetzt, wie der Antrag besagte, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Der Regierungskommissar erklärte, es müßten erst die genügenden Beweise gesammelt werden.

Verunglückt ist der beim Bau beschäftigte Arbeiter Franz Koß von hier. Er fiel von einem Gerüst so unglücklich, daß er einen Beinbruch erlitt und mehrere Wunden am Kopfe davontrug. In bedenklichem Zustande brachte man ihn ins Krankenhaus.

Feuer entstand heute früh infolge leichtsinnigen Hantierens mit offener Kerze im Bodenraum des Hauses des F. Kurz in der Seestraße. Durch sofortige Hilfe konnte der Brand gelöscht werden, so daß der Sachschaden nicht bedeutend ist.

Der dänische Dampfer „Tempo", der durch den großen Sturm seinerzeit ans Ufer bei Karwenbruch geworfen worden ist und hierbei nur wenig beschädigt worden ist, wurde nach längeren mühevollen Abschleppungsarbeiten nach Danzig zur Reparatur gebracht.

Ein neuer Fischerhafen wird in der nächsten Zeit zwischen den Dörfern Rewa und Mechlinken unweit Oxhöft am Putziger Wiek gebaut werden. Das Flüßchen, das zwischen den beiden Dörfern in die Ostsee mündet, wird ausgebaggert und mit Ufermauern versehen werden. Das Meeresamt in Gdingen hat mit den Vorarbeiten schon begonnen. Auf diese Weise soll den Fischern das Einlaufen mit größeren Motorkuttern ermöglicht werden.

tz **Konitz** (Chojnice), 4. März. Der heutige Wochenmarkt war nur mittelmäßig besucht. Butter brachte 1—1,30, Eier 1,10—1,20. Ferkel kosteten 18—22 Złoty. * *

Ein Dachstuhlbrand entstand beim Besitzer Jan Ossowski in Lubnia, wahrscheinlich durch den fehlerhaften Schornstein. Das Dach brannte herunter, das übrige Gebäude konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt etwa 1500 Złoty.

Vor dem Konitzer Kreisgericht als zweiter Instanz hatte sich gestern der Brennereiverwalter Doege aus Frankenhagen zu verantworten. Ein von ihm exmittierter Mieter hatte ihn denunziert, er hätte unrechtmäßig Spiritus abgegeben. Das Gericht der ersten Instanz sprach D. frei. Bei der gestrigen Verhandlung wurde das erste Urteil bestätigt.

Deutsche Wähler in Konitz!

Im Wahlbezirk 1 finden

Ergänzungswahlen

statt.

Die Wahllisten für diesen Bezirk liegen bis zum Sonnabend, 10. März, in der Zeit von 2—7 Uhr nachmittags aus.

Jeder deutsche Wähler überzeuge sich, ob er in der Wählerliste eingetragen ist.

---

p **Neustadt** (Wejherowo), 3. März. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 2,50, Eier 1—1,20, Butter 1,20—1,40, Ferkel 8—12 Złoty, Läufer und Tiere zum Mästen 25—35 Złoty das Stück.

f. **Strasburg** (Brodnica), 3. März. Der letzte Kram-, Vieh- und Pferdemarkt war von verhältnismäßig gutem Wetter begünstigt. Lebhafter Verkehr herrschte auf dem Markt. Rindvieh war wenig vorhanden, ebenso Pferde. Erstklassige Milchkühe brachten bis 280 Złoty, schlechtere konnte man schon für 130—180 Złoty erhalten. Hochtragende Stärken wurden mit 100—120 Złoty bezahlt. Gute Ackerpferde standen im Preis von etwa 150—300 Złoty. Auf dem Krammarkt herrschte ebenfalls reger Verkehr. Billige Artikel wurden viel gekauft, größere Kaufabschlüsse bemerkte man aber kaum und dürften daher die erzielten Umsätze nicht zufriedenstellend sein. Viel zu tun hatte allein die verstärkte Polizei. Im Laufe des Tages wurden nicht weniger als 36 Personen wegen verschiedener Vergehen in Haft genommen, darunter auch zwei schwere Jungen, die sofort in das Gerichtsgefängnis eingeliefert wurden.

Ein Zentner Räucherware wurde kürzlich dem Fleischermeister Jan Lamparski gestohlen. — Aus dem Twargowskischen Juweliergeschäft wurden drei Ringe entwendet. Die Diebe konnten gefaßt werden und die Beute zurückerstattet werden. — Unbekannte Diebe schlachteten bei Leo Kwiatkowski in der Karlstraße (Paderewskiego) und bei dem im benachbarten Hause wohnhaften Dr. Żurawski je 9 Hühner. Bei ihrer Arbeit gestört, mußten die Diebe unter Zurücklassung der Beute das Weite suchen. In der Nacht zum Sonnabend wurden der Witwe Lewandowski, Viktoriastraße (18-go Stycznia) 1, sämtliche Enten aus dem verschlossenen Stalle gestohlen.

Graudenz.

Mein **Sarg- und Möbelverkauf** 2233
befindet sich jetzt
Moniuszki 3
(Friedrichstr., Ecke Tuscherdamm)
Ich bitte meine werte Kundschaft von Stadt und Land, auch hier mich weiterhin gütigst zu unterstützen



Gustav Meyer (Witte & Meyer)

Billige Tage!
Nur kurze Zeit erteilen wir 10% Rabatt beim Einkauf von 1992
Kosmetischen Artikeln Damentaschen Schirmen usw
„Kosmos"
Grudziądz, Rynek 18/20.

Thorn.

Zurück!
Zahnarzt Davitt,
Strumykowa 2. 2135

Weißwaren
in allen Breiten und verschiedenen Qualitäten.
Große Auswahl. 1984 Billig.
W. Grunert, Toruń, Szeroka 32.

2216 **Poln. Nachhilfe**
rasch fördernd, v. energ. Lehrer(in), wöchtl. 4×1 Std. nach Rudak gesucht. Ang. u. N. 1837 a. Ann.-Exped. Wallis, Toruń.

Ia Mittagstisch.
3 Gänge 1,00 Zł. inkl. %, täglich von 1—4 Uhr.
Autenriebs Bierstuben, Prosta 18/20. 1938

500 Zentn. **Futterrüben**
verkauft, auch in klein. Meng. Hermann Domke
2235 Wielka Nieszawka, p. Cierpice, pow. Toruń.

Beispiellose Leistungen des deutschen Winterhilfswerks.

Dr. Göbbels in Hamburg.

In einer mit großer Begeisterung aufgenommenen Rede kündigte Reichspropagandaminister Dr. Göbbels in Hamburg an, daß am 21. März eine **neue große Offensive gegen die Arbeitslosigkeit** einsetzen soll, durch die **weitere zwei Millionen Volksgenossen Arbeit und Brot** finden, und daß die Regierung entschlossen ist, diese Zahl für den kommenden Winter wiederum zu halten. Unter tosendem Beifall der Menge sagte der Minister weiter:

Wir sind der Überzeugung, daß wir in 20 Jahren noch genau so regieren werden, wie wir jetzt regieren.

Wenn am 31. März, so fuhr der Minister fort, das grandiose soziale Hilfswerk gegen Hunger und Kälte abgeschlossen ist, dann können wir mit Stolz feststellen, daß das deutsche Volk in dem vergangenen halben Jahr **aus eigener Kraft 320 Millionen Mark** an Geld und Sachwerten aufgebracht hat, um vier Millionen Menschen vor der Verzweiflung zurückzureißen.

Es mag sein, daß unsere Erfolge uns überleben, sie sind aber nicht so groß, als daß sie das Schönste überstrahlen könnten, was wir in unserem Kampfe erworben haben: Die Liebe und die Anhänglichkeit des deutschen Volkes.

Die Nationalsozialistische Partei, so erklärte der Reichsminister weiter, soll eine Minderheit sein und eine Minderheit bleiben. Wer bei uns in die Partei neu eingetreten ist, der muß sich das Recht zur Führung erst erwerben, nicht durch Redensarten, sondern durch Leistungen. Mindestens auf ein paar Jahre hat der Neue zu schweigen in der Gemeinde, wenn ein alter Parteigenosse das Wort ergreift. Denn die alten Parteigenossen waren es, die diese Bewegung aufgerichtet haben.

Diese Partei muß bestehen bleiben, und sie wird auch bestehen bleiben.

Diese Partei ist unsere Kraft, ist unsere Macht, sie ist die Quelle unseres Mutes und unseres Selbstvertrauens. Sie hat das Reich erobert und wird es auch behaupten.

Im übrigen sind wir zu alte Praktiker, als daß wir uns unklar darüber wären, daß, wenn es einmal wieder hart auf hart geht, sich viele, allzuviele seitswärts in die Büsche schlagen und wir mit unserer alten Garde ganz allein stehen werden.

Wir haben aber die Absicht, eine Politik zu betreiben, auf Grund derer wir uns niemals gegen den Haß, sondern höchstens gegen die Liebe unseres Volkes schützen müssen.

Jedes Jahr werden wir vor das Volk hintreten, und jedes Jahr kann jeder in Deutschland in geheimer Wahl zu unseren Leistungen Ja oder Nein sagen. Im Laufe dieses Jahres noch werden wir das gesamte schaffende Arbeitertum Deutschlands in einer ständischen Gliederung zusammenfassen. Mehr und mehr werden wir auch in diesem Jahre das Reich in einer zentralen Gewalt zusammenfassen, und mehr und mehr wird in diesem Jahr die nationalsozialistische Bewegung sich mit dem Staat und der Staat sich mit ihr vermählen.

Wenn das Volk bei uns bleibt, gäbe es dann ein Unglück, das uns in unserem Reich erschüttern könnte?

Wenn das Volk zu uns steht, dann bedürfen wir keines anderen Bundesgenossen mehr, und deshalb wollen wir, die aus dem Volke gekommen sind, immer wieder zum Volke zurückkehren. Das Land, das heute unseren Stempel trägt, wird niemals untergehen, wenn wir den Mut haben, größer zu sein als die Not, die uns getroffen hat. (Brausender Beifall.)

*

Ehrenvolle Statistik.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbureaus gab der Reichswalter der NSV, Hilgenfeldt, eine Übersicht über die Höhe der bisherigen Leistungen für die Bevölkerung. Er erklärte, man könne genau sagen, was bisher im Winter 1933/34 verteilt worden sei. Die bisherigen Leistungen des Winterhilfswerks sind:

Kohlen rund 2,6 Millionen Tonnen im Gesamtwert von rund 50 Millionen Mark.

Kartoffeln 6,5 Millionen Zentner gespendet, über 6 Millionen Zentner zum Preis von 8,2 Millionen Mark gekauft.

Getreide einschließlich Mehl 1,1 Million Zentner gespendet, 70 000 Zentner zum Preis von 1 050 000 Mark gekauft.

Lebensmittel: 60 000 Zentner Brot, 22 000 Zentner Hülsenfrüchte, 40 000 Zentner Gemüse, 70 000 Zentner Feldfrüchte, 30 000 Zentner Obst, 7000 Zentner Zucker, 40 000 Zentner Kolonialwaren, 300 000 Stück Konserven, 120 000 Stück Eier, 1 Million Liter Milch, 3200 Zentner Butter, 2600 Zentner Schmalz, 12 000 Zentner Fleischwaren, 2 100 000 Freiessen.

Sachspenden: 180 000 Paar Schuhe, 250 000 Meter Stoff, 1 100 000 Stück Bekleidungsgegenstände, darunter 430 000 Stück Wäsche, 300 000 Zentner Holz, für 400 000 Mark Gutscheine.

Den Gauen von der Reichsführung zugeteilte Spenden: 30 000 Zentner Zucker, 1 700 000 Warengutscheine, 275 000 Freiessen, 300 000 Pfund Fische, 190 000 Pfund Fleisch u. a. m. im Gesamtwert von 2 800 000 Mark.

Frage: „Wie setzten sich die Einkünfte der Winterhilfe insgesamt zusammen?"

Antwort: Wir haben erhalten an Geldspenden insgesamt rund 75 000 000 Mark.

Davon erbrachten das Eintopfgericht:

Oktober 1933	1 984 000	Mark
November 1933	4 026 000	„
Dezember 1933	4 476 000	„
Januar 1934	4 390 000	„
Februar 1934	4 687 000	„
insgesamt	19 563 000	Mark

die Postscheckabbuchungen über	2 000 000	Mark
die Bankkontenabbuchungen rund	500 000	„
die Neujahrsplaketten rund	982 000	„
die Christrosen rund	2 865 000	„
die Hitler-Jugend-Spende rund	285 000	„
und der Winterpfennig rund	503 000	„

Kollegiales Hilfswerk der deutschen Aerzte im Reich.

Die deutsche Ärzteschaft hat eine großzügige familienpolitische Hilfstat beschlossen, die auf der Schaffung einer „Familienlasten-Ausgleichskasse" und einer „Ärztlichen Ausgleichskasse für Notstandsgebiete" gegründet ist.

Die „Familienlasten-Ausgleichskasse" dient dazu, bei der Verteilung des Kassenarzthonorars, die für das ganze Reich von einer Stelle aus geleistet wird, kinderreiche Ärzte besonders zu berücksichtigen. Vom 1. Januar 1934 ab führen sämtliche Orts-, Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen 3 Prozent und sämtliche Landkrankenkassen 2 Prozent der von ihnen für die Kassenärzte zu zahlenden Vergütungen an die Hauptgeschäftsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung ab. Aus diesen Beträgen zahlt die Familienausgleichskasse vom 1. April 1934 ab an alle Ärzte, die Mitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung sind und drei und mehr Kinder haben, für jedes dritte und weitere Kind monatlich den Betrag von 50 Reichsmark unmittelbar aus.

Die „Ärztliche Ausgleichskasse für Notstandsgebiete" soll durch Unterstützung der Kassenärzte in wirtschaftlich notleidenden Gebieten die ärztliche Hilfe der Bevölkerung sicherstellen. In manchen Gebieten Deutschlands tritt, wo keine genügende Existenzgrundlage mehr gegeben ist, eine Verwaisung der Arztsitze ein. Andererseits ist aber gerade in diesen Gebieten eine ärztliche Hilfe ein besonderes Erfordernis, dem der ärztliche Stand auch im Interesse der heutigen Bauernpolitik entgegenkommen will. Aus diesem Grunde wird vom 1. Januar 1934 ab von sämtlichen Honoraren, die die Krankenkassen an die Ärzte zu leisten haben, 1 v. H. an die Hauptgeschäftsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung abgeführt. Aus der „Ausgleichskasse für Notstandsgebiete" erhalten die Ärzte Zuschüsse, die einen unterstützungsbedürftigen Arztsitz im Notstandsgebiet innehaben.

*

Berliner Ehrenpatenschaften.

Vor der Berliner Presse gab der Leiter der Berliner Städtischen Gesundheitsverwaltung, Stadtmedizinalrat Dr. Klein, eingehende Darlegungen über den Sinn und die Durchführung der Berliner Ehrenpatenschaften.

Am 20. April, dem Geburtstag des Führers, erklärte **Dr. Klein, werden mit der Errichtung der „Beratungsstellen für Rassenpflege" die neuen bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Stadt Berlin verwirklicht werden, die die Krönung in der Übernahme von Ehrenpatenschaften finden.** Für jedes dritte und vierte Kind einer erbgesunden Familie, das nach diesem Zeitpunkt empfangen wurde und für das die Reichshauptstadt die Ehrenpatenschaft übernimmt, wird im ersten Lebensjahre eine Ehrengabe von monatlich je 30 Reichsmark, in den folgenden 13 Jahren von monatlich je 20 Reichsmark an die Eltern ausgezahlt. Voraussetzung für die Verleihung einer Ehrenpatenschaft ist Gesundheit und Erbgesundheit der ganzen Sippe. Hierbei werden sorgfältige behördliche Prüfungen stattfinden.

*

Ministeramt bei der Obersten SA-Führung.

Bei der Obersten SA-Führung wird ein Ministeramt errichtet, mit der Aufgabe, alle Angelegenheiten zu bearbeiten, die den Stabschef der SA, Röhm, in seiner Eigenschaft als Reichsminister berühren. Das Ministeramt hat seinen Sitz vorläufig in Berlin, Wilhelmstraße 63; zum Chef des Amtes wurde SS-Gruppenführer Reiner ernannt.

*

König Boris von Berlin abgereist.

König Boris von Bulgarien verließ am Sonnabend früh nach einem mehrtägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt in Begleitung seines Adjutanten, Oberst Lucach, und seines Sekretärs, Dr. Hanieff, Berlin. Zum Abschied hatten sich eingefunden der bulgarische Gesandte in Berlin, Dr. Pomenoff, sowie die Mitglieder der bulgarischen Gesandtschaft und zahlreiche Angehörige der Kolonie. Außerdem waren Reichsaußenminister von Neurath und der Chef des Protokolls, Graf von Bassewitz, auf dem Bahnhof erschienen.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die außerordentliche Vermögensabgabe (Danina)

Zahlungsbeträge und Zahlungsfristen im Jahre 1934.

Durch Verordnung vom 24. Februar 1934 (Dz. Ust. Nr. 16, Pos. 133) hat der Finanzminister die auf das Jahr 1934 entfallenden prozentualen Beträge der außerordentlichen Vermögensabgabe (Gesetz vom 24. März 1933 Dz. Ust. Nr. 29/33, Pos. 248) und die Zahlungsfristen dafür festgesetzt. Danach sind die Beträge in den folgenden Terminen zu zahlen:

a) in der I. Kontingentgruppe (Grundbesitz) bis 30. April 1934 einschließlich — von den Steuerpflichtigen, die im Jahre 1934 an staatlicher Grundsteuer über 25 bis 60 Złoty jährlich ohne Degression — eine Abzahlung in Höhe von 11 Prozent der Grundsteuer ohne Degression, und von Zahlern, die im Jahre 1934 über 60 Złoty Grundsteuer ohne Degression zahlen — eine Abzahlung in Höhe von 22 Prozent der staatlichen Grundsteuer ohne Progression sowie bis zum 15. November 1934 einschließlich sowohl von den ersten wie von den zweiten Zahlern — der Unterschied zwischen dem endgültigen Betrage der Vermögensabgabe, der für das Jahr 1934 berechnet und vorher durch Vorschuß (Zaliczka) bezahlt worden ist;

b) in der II. Kontingentgruppe (Gewerbeunternehmen) — der ganze Steuerbetrag in der Zeit bis 30. Juni 1934 einschließlich;

c) in der III. Kontingentgruppe (alle anderen Vermögenskategorien, die der Vermögenssteuer unterliegen) der ganze Steuerbetrag in der Zeit bis 31. August 1934 einschließlich. (§ 2 der Verordnung.)

In § 3 wird bestimmt: über die Höhe der Steuer werden die Steuerpflichtigen durch Zahlungsbefehle unterrichtet, die der I. Kontingentgruppe bis 31. Oktober 1934 einschließlich zugestellt werden, der II. Gruppe bis 15. Juni 1934 einschließlich und der III. bis 16. August 1934. Wenn die Zahlungsbefehle später zugestellt werden, dann ist die Steuer innerhalb 14 Tagen nach der Zustellung zu zahlen. Über die Höhe der Abschlagszahlung werden die Zahlungspflichtigen der I. Gruppe bis 15. April 1934 schriftlich benachrichtigt. (§ 3.)

Beträge, die nicht terminmäßig bezahlt werden, sind Rückstände, die zwangsweise mit den Verzugsstrafen und Pfändungskosten eingezogen werden, die für Rückstände von Grund-, Gewerbe- und Gebäudesteuer vorgesehen sind. (§ 4.)

Gegen die Zahlungsbefehle kann innerhalb 30 Tagen Berufung eingelegt werden. In der Berufung kann indessen nur der Einwand erhoben werden, daß eine Verpflichtung zur Zahlung der Steuer nicht besteht. Dagegen ziehen Veränderungen bezüglich der Höhe der Grundsteuer resp. der Umsatzsteuer resp. der Mietssteuer, wenn sie durch die zuständigen Instanzen festgestellt sind, eine Änderung der Vermögenssteuer in der betreffenden Gruppe nach sich und werden von Amts wegen erledigt. Von der Abänderung der Höhe der Danina, die auf Grund des Vorgesagten erfolgt ist, wird der Steuerzahler von Amts wegen benachrichtigt. (§ 5.)

Juristische Rundschau.

Rechtsgrundsätze für die Buchführung.

Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Ein Kaufmann beklagte sich beim Obersten Verwaltungsgericht, daß die Berufungskommission für die Umsatzsteuer seine im Steuerveranlagungsverfahren vorgelegten und geprüften Handelsbücher als nicht ordnungsmäßig geführt und deshalb für die Steuerbemessung als nicht maßgeblich erklärte, weil zum Beweise der Eintragungen in dieselben keine Kassenbelege beigegeben waren. Er behauptete, daß er von diesem von der Berufungskommission angegebenen Grunde der Ablehnung seiner Handelsbücher geradezu überrumpelt war, weil er seines Wissens sämtliche Belege für die Handelsbücher im Veranlagungsverfahren beigebracht habe und die Schätzungskommission, die die Bücher zwar auch als nicht ordnungsmäßig bezeichnet hatte, jedoch in ihrer Entscheidung den von der Berufungskommission angeführten Grund gar nicht geltend gemacht habe. Er bestritt der Berufungskommission das Recht der Ablehnung der Bücher aus dem genannten Grunde, da die Schätzungskommission ihn nicht zum Anhaltspunkt für ihre Entscheidung gemacht hatte.

Der Grund, warum die Schätzungskommission den Büchern die Eigenschaft der Ordnungsmäßigkeit aberkannte, lag darin, daß die Bücher einen Mangel in den Eintragungen selbst aufwiesen, nämlich den Mangel der Eintragung einer Transaktion von Waren, die der Kläger mit einer anderen Firma eingegangen war und die diese Firma wegen Beanstandung der Ware nicht anerkennen wollte und deshalb an den Kläger Entschädigungsansprüche stellte.

Gegenüber diesem zweiten Grund der Anfechtung der Ordnungsmäßigkeit der Handelsbücher, der von der Schätzungskommission ausgegangen und von der Berufungskommission aufrechterhalten war, machte Kläger in seiner Klage an das Oberste Verwaltungsgericht geltend, daß die Transaktion infolge Bemängelung der Ware durch den Abnehmer als nicht perfekt angesehen werden konnte und deshalb bis zur Austragung der Differenzen mit dem Abnehmer in den Büchern auch nicht gebucht werden konnte.

Das Oberste Verwaltungsgericht entschied in beiden diesen Belangen gegen den Anspruch des Klägers und sah sich dabei veranlaßt, für die Entscheidungen in diesen beiden Punkten besondere Rechtsgrundsätze aufzustellen. Der erste dieser Rechtsgrundsätze lautet: **„Wenn im Veranlagungsverfahren gegenüber einem Steuerzahler in dessen Anwesenheit bei der Prüfung der Handelsbücher zu Protokoll festgestellt wurde, daß die „Kassenbelege" für die Handelsbücher zum Beweise der Eintragungen in dieselben nicht vorgelegt wurden, so steht es der Berufungskommission frei, aus diesem Umstand den Schluß auf die Nichtanerkennung der Bücher als ordnungsmäßig im Sinne des Art. 76 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes zu ziehen, wenn auch die Schätzungskommission diesen Mangel nicht zur Unterlage für ihre Entscheidung über die Nichtordnungsmäßigkeit der Bücher gemacht hatte."**

Der zweite Rechtsgrundsatz lautet: **„Eine Transaktion über Veräußerung einer Ware muß in den Handelsbüchern auch dann ausgewiesen werden, wenn der Abnehmer der Ware Entschädigungsansprüche wegen nicht entsprechender Qualität der Ware gestellt hatte (Art. 76 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes)".**

Zur Erklärung über die Beweggründe für den ersten Rechtsgrundsatz führt das Oberste Verwaltungsgericht an, daß, was das Tatsächliche des Sachfalles anbelangt, unstrittig sei, daß gelegentlich der Prüfung der Handelsbücher in Anwesenheit des Klägers im Protokolle darüber vermerkt wurde: „ohne jegliche Kassenbeweise". Gegenüber dem Einwande des Klägers, daß die Schätzungskommission trotzdem diesen Umstand nicht zur Grundlage für ihre Entscheidung über die Nichtordnungsmäßigkeit der Bücher gemacht habe, sei auf Art. 89 des Umsatzsteuergesetzes hingewiesen, der bestimmt, daß die Berufungskommission ihre Entscheidungen, unabhängig von der Entscheidung der Schätzungskommission trifft und gleicherweise berechtigt ist, **alles in Betracht zu ziehen, was für oder gegen den Steuerzahler spricht.**

Bezüglich der Motivierung des zweiten Rechtsgrundsatzes erklärt das Oberste Verwaltungsgericht, daß, entgegen dem Standpunkte des Klägers, nicht zugegeben werden könne, daß im Falle von Differenzen zwischen dem Verkäufer und dem Abnehmer einer Ware in betreff der Qualität oder des Zustandes der Ware, die Verbuchung der Transaktion solange aufgeschoben werden könne, bis über die Differenzen entschieden worden ist. Ein solcher Standpunkt wäre durchaus unvereinbar mit den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Buchführung, die eine jede vollzogene Transaktion gebucht wissen will, ungeachtet, ob über die restlose Rechtsgültigkeit der Transaktion noch Streitigkeiten schweben oder nicht. Wenn die Ware fakturiert worden ist und aus dem Bereiche des Handelsunternehmens hinausgegangen ist, so müssen — nach dem Kommentar zum Handelsgesetzbuch von Staub-Bondi, 13. Aufl., I. Band, S. 262 ff., der für diesen Fall maßgeblich ist, weil er im ehem. preußischen Teilgebiete spielt — **sämtliche Vorgänge, die sich auf die Ware beziehen, sobald sie eintreten und Veränderungen in den Rechtsfolgen der durchgeführten Transaktion bewirken können,** ihren entsprechenden Ausdruck in den Handelsbüchern finden.

Es sei falsch, wenn der Kläger annimmt, daß eine aufgedeckte Position, die in den Handelsbüchern nicht eingetragen ist, nur zu den eingetragenen zugezählt zu werden brauche, ohne daß dadurch die Handelsbücher für unordnungsmäßig erklärt würden; die Aufdeckung einer durchgeführten Transaktion, die in den Handelsbüchern nicht angeführt ist, könne Grund dafür sein, daß die Handelsbücher entweder als unordnungsmäßig oder sogar als unredlich erklärt werden. Die Entscheidung darüber, von welcher Schwere der Verstoß sei, obliegt der Behörde, die für die Entscheidung zuständig ist und die darüber unter Zugrundelegung des gesamten Sachverhaltes nach eigener Überzeugung ihr Urteil trifft. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 4. Dezember 1933 Reg.-Nr. 3684/31.)

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Deutsche Schulnot in Polen.

Rede des Senators Utta vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Haushalt des Ministeriums für Kultus und Unterricht, gehalten am 1. März 1934.

Hohes Haus!

Bei der Besprechung des vorliegenden Haushaltsplanes und der Beurteilung der Tätigkeit der Regierung bezw. der einzelnen Ministerien, lassen wir uns, als Vertreter des Deutschen Parlamentarischen Klubs, nicht von dem Bestreben leiten, alle Fehler zu rechtfertigen und nur die guten Seiten zu unterstreichen, wie das gewöhnlich die Vertreter der Regierungsparteien tun, wir wollen aber auch nicht alles, was die Regierung und der sie unterstützende Block tut, rücksichtslos kritisieren und ablehnen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß uns die deutsche Bevölkerung nicht dazu hierher entsandt hat, um alles, was im Lande geschieht, nur in rosigen oder nur in schwarzen Farben zu schildern, sondern so, wie es wirklich ist, um auf diese Weise an der Beseitigung der Fehler, an der Bekämpfung der Mißbräuche und an der Auswahl neuer Wege, die zur weiteren Entwicklung unseres Staates und einer besseren Zukunft führen könnten, mitzuhelfen und mitzuwirken. Die Zukunft unseres Staates wird aber in hohem Maße davon abhängen, wie wir unsere Jugend erziehen, wie wir unser Schulwesen ausbauen. Wir müssen hier mit Bedauern feststellen, daß das Ministerium in diesem Schuljahre die ihm bewilligten Kredite für 500 neue Lehreretats nicht ausgenutzt hat, obwohl fast eine halbe Million schulpflichtiger Kinder aus Mangel an Lehrern in die Schule nicht aufgenommen werden konnten. Im laufenden Jahre beträgt der Zuwachs an schulpflichtigen Kindern über 180 000; dagegen sind für die Anstellung neuer Lehrkräfte keinerlei Kredite vorgesehen. Obwohl eine so große Zahl von Kindern ohne jeden Schulunterricht bleibt, sind die Klassenzimmer überfüllt, die Lehrer mit Arbeit stark überlastet, sinkt das Niveau der Schulen immer mehr.

Die allgemeine Schulpflicht wird allmählich nur auf dem Papier bestehen bleiben.

Das ist eine äußerst gefährliche Erscheinung und das Ministerium müßte mit allen Kräften gegen dieses Übel ankämpfen. Da es aber hierzu keine Mittel besitzt, so müßte es zum mindesten jede private Initiative willig und gern unterstützen. Es ist nicht meine Aufgabe, mich mit der Einstellung der Schulbehörden zu den polnischen Privatschulen zu befassen; was jedoch diese Einstellung zu den deutschen Privatschulen anbetrifft, so ist sie leider höchst unfreundlich, man könnte sogar sagen feindlich. In Wolhynien z. B., wo besonders viel Kinder ohne Schulunterricht bleiben müssen, wurde mit einem Schlage 80 Lehrern der sogen. Kantoratsschulen die Unterrichtserlaubnis entzogen. Bei der Anstellung neuer qualifizierter Lehrer werden große Schwierigkeiten bereitet. Mir sind Fälle bekannt, daß in Wolhynien und Kleinpolen, in den Dörfern, wo es deutsche Privatschulen gab, für einige oder für ein Dutzend Kinder polnische Staatsschulen eröffnet wurden, um dadurch die bestehende deutsche Privatschule zu vernichten.

Einen besonders schweren Leidensweg müssen die deutschen Privatschulen in den Westgebieten gehen.

Nach Punkt 2 Art. 2 des Gesetzes über die Privatschulen hat der Besitzer der Schule die Pflicht, einen Nachweis über die Eignung des Schullokals zu erbringen. Die Schulkuratorien verlangen, daß solche Bescheinigungen von den Verwaltungsbehörden (der Bauabteilung der Wojewodschaft) beizubringen sind. Eine Wojewodschaft steht auf dem Standpunkt, daß alle Schullokale den Anforderungen entsprechen müssen, die in der Verordnung des Kultusministeriums vom 28. Februar 1925 für neu zu errichtende Gebäude für öffentliche Volksschulen vorgeschrieben sind. Diese Verordnung sieht geradezu ideale Räume vor, von denen wir heute in der Zeit der wirtschaftlichen Misere nur träumen können, und die nur bei neu zu errichtenden Schulgebäuden als Richtschnur dienen können. Da bisher die Schulgebäude nicht nach diesen sondern nach den damals geltenden Vorschriften gebaut wurden, so können sie natürlich nicht den neuen Anforderungen genügen, die jetzt an neue Schulbauten gestellt werden.

Das Wojewodschaftsamt lehnt jedoch sämtliche bereits bestehende Schulgebäude als ungenügend ab

und verweigert die Ausstellung der Bescheinigungen über ihre Eignung für Schulzwecke.

Unsere Privatschulen sind unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen entstanden und mußten, ebenso wie die meisten staatlichen Schulen, in den Gebäuden untergebracht werden, die ihnen zur Verfügung gestanden haben. Wo es notwendig war, wurden entsprechende Umbauten und Verbesserungen vorgenommen. Wir haben nichts dagegen, daß die Schulbehörden bestrebt sind, in den Privatschulen bessere gesundheitliche Zustände einzuführen, aber dazu muß doch mindestens 4—5 Jahre Zeit gelassen werden. Das Gesetz über die Privatschulen ist im März 1932 erschienen.

Wenn man aber private Volksschulen mit dem 1. Juli 1934 schließen will, weil sie keine neuen Gebäude hingestellt haben, so ist das nichts anderes, als nur eine böswillige Rücksichtslosigkeit.

Die deutsche Bevölkerung trägt im gleichen Maße wie die polnische alle Steuerlasten, hat sich bei der Zeichnung der Nationalanleihe rege mitbeteiligt und bestreitet außerdem noch die Unterhalts-Kosten für die Privatschulen. Sie empfindet es deshalb als großes Unrecht, wenn von ihr in dieser schweren Zeit die Errichtung neuzeitlicher Schulgebäude verlangt wird, während die staatlichen Schulen in viel schlechteren Lokalen untergebracht sind und niemand daran denkt, diese Lokale zu beanstanden. Das Gefühl des Unrechts ist umso stärker, wenn das Schulgebäude sich für Schulzwecke sehr wohl eignet und allen Anforderungen der Hygiene genügt und die Verwaltungsbehörden die Ausfolgung einer entsprechenden Bescheinigung verweigern.

In den westlichen Wojewodschaften stehen Schulgebäude, die vor dem Kriege erbaut worden sind, und obgleich sie den allerneuesten Anforderungen nicht ganz genügen, so werden sie dennoch von staatlichen Schulen benutzt und gelten sogar als „bessere Schulgebäude". Wird aber ein solches Gebäude für eine deutsche Privatschule gemietet, so wird es sofort als ungeeignet bezeichnet, während doch gerade die Privatschulen auf gewisse Nachsicht und Erleichterungen rechnen dürften.

Zur Illustration will ich hier nachstehenden Fall anführen: In einem Orte der Wojewodschaft Posen wurde durch Gerichtsurteil die eine Hälfte eines Schulgebäudes der polnischen Gemeinde zugesprochen, die andere Hälfte der evangelischen Gemeinde. Die eine Hälfte wird von der öffentlichen Schule benutzt; in dem Gebäude wohnt auch der polnische Lehrer. In der leeren Klasse wollte die evangelische Kirchengemeinde eine private Schule mit deutscher Unterrichtssprache einrichten. Die Wojewodschaft wird um die Bescheinigung über die Eignung des Lokals gebeten; sie stellt fest, daß das Gebäude ungeeignet sei, als Schule zu dienen. Sie bescheinigt, es sei unstatthaft, daß der Lehrer mit im Hause wohne, unstatthaft sei auch die Abortanlage. Und so darf die Privatschule nicht in dem Hause ihr Unterkommen finden. Was für eine polnische staatliche Schule vollkommen genügt, genügt nach Ansicht der Wojewodschaft bei weitem nicht für eine deutsche Privatschule.

Das Wojewodschaftsamt in Posen ging sogar so weit, daß es das im Jahre 1911 erbaute Below-Knothesche Gymnasium, ein modernes Schulgebäude, ein Schmuck der Stadt, dessen große Klassen, schöne und bequeme Korridore und überhaupt die ganze Einrichtung und die hygienischen Verhältnisse wiederholt von den Schulvisitatoren in ihren Berichten anerkannt wurden, als ungeeignet bezeichnet hat, weil die Ausmaße der Klassenräume und der Abstand zwischen den Fenstern um einige Zentimeter von den Vorschriften für neue Schulbauten abweichen. Dieser rücksichtslose Bureaukratismus, der weder die Schwierigkeiten der heutigen Zeit, noch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die allgemeine Lage überhaupt in Betracht ziehen will, wirkt geradezu lächerlich und kompromittiert das Ansehen der Behörden.

Wir erwarten, daß das Ministerium in dieser Angelegenheit entsprechende Anordnungen erlassen wird, um diesen Schikanen, die jeden Versuch, eine private Schule zu gründen, zu nichte machen, ein Ziel zu setzen. Die Verfassung garantiert uns das Recht, private Schulen zu gründen und auf dieses Recht können wir unter keinen Umständen verzichten.

Eine zweite nicht minder schmerzliche Frage ist die Nichtbestätigung bezw.

Entfernung der deutschen Lehrer aus den Privatschulen,

und zwar ohne jeden triftigen Grund, ohne nähere Bezeichnung ihres Vergehens. Dies geschieht oft auf Grund persönlicher Intrigen, böswilliger Notizen in den Zeitungen oder sogar durch irgend einen Irrtum. Auf Menschen, die viel Mühe und Mittel angewandt haben, um die Lehrbefähigung zu erlangen, oft nach vielen Jahren treuer und nützlicher Arbeit in der Schule, fällt plötzlich wie der Blitz aus heiterem Himmel die Entfernung aus der liebgewordenen Arbeitsstätte, aus dem Kreise der geliebten Jugend.

Ohne Untersuchung, ohne Gericht und ohne Möglichkeit sich zu rechtfertigen, werden sie ihrer Ehre und ihrer Existenzmittel beraubt.

Unsere Jugend und die ganze deutsche Elternschaft werden diese furchtbaren unverdienten Schläge niemals verschmerzen und werden nicht aufhören, Aufklärung und Wiedergutmachung dieses großen Unrechtes zu verlangen. Wenn einer von den Lehrern tatsächlich ein unverzeihliches Vergehen begangen hat, so werden wir uns nicht für ihn einsetzen; aber man muß doch klar und deutlich sagen, wessen man ihn beschuldigt, und weshalb eine so schwere Strafe über ihn verhängt wurde.

Indem ich nochmals zu dem staatlichen Schulwesen mit deutscher Unterrichtssprache zurückkehre, will ich mich auf die Feststellung beschränken, daß sich auch hier die Verhältnisse keineswegs gebessert haben, und daß auch hier ein großes Chaos herrscht.

Mit diesem Chaos läßt sich erklären, daß die Zahlen der deutschen Schulen in Polen, die ich von dieser Tribüne genannt habe, von den durch die Vertreter des Regierungsblocks angegebenen so weit abweichen. Ich habe behauptet und behaupte es heute wieder, daß es auf dem Territorium des früher russischen Teilgebietes keine Schulen mit deutscher Unterrichtssprache mehr gibt, wie sie das Gesetz vom 3. März 1919 vorsieht. Man hat mir aus diesem Grunde verschiedene Vorwürfe gemacht. Das amtliche Verzeichnis gibt mir aber voll und ganz Recht. In diesem Verzeichnis finden wir in der Rubrik „Unterrichtssprache" nur die Bezeichnungen: „deutsch-polnisch" oder „polnisch-deutsch". Das bedeutet, daß in diesen Schulen nur einige Gegenstände, meistens nur Religion und Deutsch als Lehrfach, in zwei bis vier Stunden in der Woche in deutscher Sprache unterrichtet werden, während das Gesetz vom 3. März 1919, das doch bis heute immer noch verpflichtet, im Art. 27 vorsieht, daß in den deutschen Schulen alle Lehrfächer in deutscher Sprache zu unterrichten sind. Der Unterricht der polnischen Sprache ist nur als Lehrfach vom zweiten Schuljahre ab obligatorisch. In diesen Tagen habe ich ganz zufällig ein Dokument erhalten, das als Beweis dafür dienen kann, daß sogar die Schulkuratoren sich nicht die Mühe geben, das Gesetz über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache bis zu Ende durchzulesen. Das Warschauer Schulkuratorium hat in seinem Rundschreiben vom 9. Februar 1934 Nr. 801/34 in Angelegenheit der Unterrichtssprache in den Schulen, die von deutschen Kindern besucht werden, angeordnet;

1. daß der Geschichts- und Geographieunterricht sogar in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in polnischer Sprache erteilt werden soll, und daß zu diesem Unterricht nur polnische vom Unterrichtsministerium bestätigte Lehrbücher benutzt werden dürfen,
2. daß der Beschluß des Ministerrats vom 3. März 1919 über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache gemäß Art. 1 auf dem Territorium des Petrikauer Kreises keine Anwendung haben könne, daß somit zum Bestehen der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in diesem Kreise keine rechtlichen Grundlagen vorhanden seien.

Auf Grund dieses Rundschreibens des Kuratoriums hat der Petrikauer Schulinspektor angeordnet, daß diese Verordnung unverzüglich durchgeführt und in den deutschen Schulen schon vom 1. April d. Js. die polnische Unterrichtssprache eingeführt werden soll.

Das Kuratorium nennt die rechtliche Grundlage nicht, auf die es seine Anordnung betr. den Unterricht der Geographie in polnischer Sprache stützt. Uns ist solche Grundlage nicht bekannt; dagegen wissen wir, daß das Ministerium eine ähnliche Anordnung des Posener Kuratoriums auf Grund der Intervention des Deutschen Parlamentarischen Klubs aufgehoben hat. Wir erwarten, daß das Ministerium auch dem Warschauer Kuratorium eine ähnliche Weisung erteilen wird. Was die Behauptung des Warschauer Kuratoriums anbelangt, daß der Ministerratsbeschluß vom 3. März 1919 über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache auf dem Gebiete des Petrikauer Kreises keine Anwendung finden darf, so beweist dies nur, daß die Herren Beamten im Schulkuratorium sich nicht die Mühe gegeben haben, dieses Gesetz bis zum Ende durchzulesen. Im Art. 31 heißt es nämlich wörtlich:

> „Die Bestimmungen dieses Beschlusses werden auf den Teil des polnischen Staates ausgedehnt, der früher das russische Teilgebiet darstellte."

Ich glaube, die Herren müßten doch wissen, daß der Petrikauer Kreis zu dem früher russischen Teilgebiet gehört. Der Art. 1, auf den sich das Kuratorium beruft, betrifft nur die Liquidierung der früheren deutschen Schulgemeinden in dem deutschen Besatzungsgebiet.

Diese wenigen, hier angeführten Tatsachen beweisen uns schon genügend, wie groß das Chaos im Minderheitenschulwesen ist, wie die lokalen Schulbehörden die gesetzlichen Bestimmungen auslegen und ausführen, und wie sie sich überhaupt dem deutschen Schulwesen gegenüber verhalten.

Die Lehrer dieser Schulen befinden sich zwischen Hammer und Amboß: die deutsche Bevölkerung verlangt auf Grund des ihr zustehenden Rechtes, daß der Unterricht in den Schulen in deutscher Sprache geführt wird, die Schulinspektoren, die in den meisten Fällen die deutsche Sprache überhaupt nicht beherrschen, prüfen die Kinder bei den Visitationen in polnischer Sprache. Hat der Lehrer so unterrichtet, wie das Gesetz es bestimmt, und wie die Eltern es verlangen, so können die Kinder dem Schulinspektor auf seine Fragen keine genügenden Antworten geben. Der Lehrer erhält eine Rüge, und zuletzt wird er mit Entlassung bedroht. Obendrein verlangt man von den Lehrern, daß sie sich politisch betätigen und für Organisationen einsetzen, die der deutschen Bevölkerung verhaßt sind. Zwischen der Schule und den Eltern entsteht eine Kluft; der Lehrer wird angefeindet. Kein Wunder, daß jeder gewissenhafte deutsche Lehrer darunter seelisch schwer leiden muß, und daß seine Erfolge bei der Erziehung der heranwachsenden Jugend ganz minimal sind, daß die so oft von Ihnen, meine Herren, genannte „staatliche Erziehung" schwer darunter leidet. Wenn wir noch hinzufügen, daß in einigen Ortschaften von den Schulleitern die Feststellung der Arbeitsstätte der Väter der Schulkinder verlangt wird, und wenn dann diejenigen Familienväter, die ihre Kinder in eine deutsche Schule schicken, ihre Stellung und ihr Brot verlieren, so wird die Schuld an diesem großen Unglück den Schulleitern zugeschrieben, und die Einstellung zu der Schule wird für beide Teile unerträglich.

Das Interesse des Staates, das Wohl unserer Jugend und die Notwendigkeit, der immer wachsenden Aufregung und Unzufriedenheit unter der deutschen Bevölkerung ein Ziel zu setzen, erfordert es, daß diesem Zustand sobald als möglich ein Ende bereitet wird. Will das Ministerium auf die Äußerungen und Beweise unseres guten Willens eine positive Antwort geben, so muß es unverzüglich an die Beseitigung der von mir oben angeführten Mißstände herantreten. Zu diesem Zwecke müßte eine

besondere Abteilung für das Minderheitenschulwesen

geschaffen werden. Das Ministerium muß sobald als möglich klare und deutliche Bestimmungen über das deutsche Schulwesen erlassen und für diese Schulen entsprechende Lehrpläne ausarbeiten. Die Visitation dieser Schulen muß besonderen Visitatoren, die die deutsche Sprache beherrschen, übertragen werden, denen es zur Pflicht gemacht wird, die Kinder in deutscher Sprache und im Rahmen der festgesetzten Programme zu prüfen. Bei der Lösung dieser Probleme sind wir gern bereit, auf Wunsch des Ministeriums mitzuarbeiten und gute Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Zum Schluß will ich noch einige Worte den

evangelischen Bekenntnissen

widmen. Der Senatsreferent nimmt zu den Bekenntnisfragen keine Stellung, dagegen hat der Sejmreferent diese Probleme ziemlich ausführlich behandelt. Er führt alle Anordnungen und Vorbereitungen an, welche die Regierung zwecks Regelung des Verhältnisses des Staates zur katholischen und orthodoxen Kirche und den jüdischen Gemeinden getroffen hat. Die evangelischen Kirchen werden aber mit keinem Worte erwähnt. Uns ist dagegen bekannt, daß ein neues Gesetz vorbereitet wird, das das Verhältnis des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche festlegen soll. Dieses Projekt unterscheidet sich wesentlich von dem im Jahre 1923 von der konstituierenden Synode unserer Kirche als deren rechtlichem Repräsentanten einstimmig angenommenen Gesetzentwurf. Das neue Projekt läßt sich weder mit dem Art. 115 unserer Staatsverfassung noch mit den Grundsätzen der evangelsichen Kirche in Einklang bringen.

Dieses Projekt hat in der evangelischen Öffentlichkeit eine begreifliche Aufregung und Unzufriedenheit hervorgerufen.

Wir erwarten aber, daß die Regierung diese äußerst wichtige Angelegenheit nicht einseitig erledigen, sondern die in der Verfassung vorgesehene Verständigung mit der rechtlichen Vertretung dieser Kirche suchen wird. Sollte die Regierung der Kirche ein Gesetz aufzuzwingen versuchen, zu dem die Vertretung der Kirche ihre Zustimmung nicht geben kann, so müßte dies zu einer Spaltung in der Kirche führen und zu einer Quelle fortwährender Kämpfe zwischen Staat und Kirche. Dies kann aber weder im Interesse des Staates noch der Kirche liegen. Bei gutem Willen von beiden Seiten wird sich eine Verständigung leicht erzielen lassen, und dadurch wird eine dauerhafte Grundlage zu einer friedlichen und für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit geschaffen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse.

Das Ausland in Leipzig

Gestern, am Sonntag, dem 4. d. M., wurde in einer der größten Messehallen auf dem Leipziger Messegelände die diesjährige Frühjahrsmesse in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder der Reichsregierung, des Diplomatischen Korps, in- und ausländischer Aussteller eröffnet. Die Eröffnung nahm Reichspropagandaminister Dr. Göbbels durch eine Rede vor. Bemerkenswert ist, daß neben den Gesandten der Schweiz, der Tschechoslowakei, Argentinien usw. auch der österreichische Gesandte erschienen war. Das gesamte Ausland, soweit es in Leipzig offiziell vertreten ist und in Leipzig Geschäfte macht, wurde vom gesamten Konsularkorps Leipzigs repräsentiert, so daß man mit Recht sagen kann, die Geschäftswelt der ganzen Erde war vertreten. Das ist ein Beweis für die Wichtigkeit, die man der feierlichen Eröffnung dieser Messe bei unseren ausländischen Geschäftsfreunden beigelegt hat.

Dr. Göbbels spricht zu der internationalen Handelswelt.

Reichsminister Dr. Göbbels hatte seinen Vortrag anfangs auf das Historische eingestellt und hat seiner internationalen Zuhörerschtft die Verhältnisse klargelegt, die herrschten, als vor einem Jahr die Regierung von den Natoinalsozialisten übernommen wurde. Er hat dann zahlenmäßig festzustellen vermocht, wie sich im letzten Jahr das Blatt gewendet und wie seit Monaten das ständige Schwinden der Arbeitslosigkeit mit einer Besserung des gesamten Wirtschaftslebens Hand in Hand ging. 320 Millionen Mark, so teilte Dr. Göbbels mit, seien für die Zwecke der Winterhilfe von der gesamten deutschen Bevölkerung gesammelt und auch ausgegeben worden. Wenn der Abschluß dieses riesigen Beginnens am 31. März erfolgt, so wird schon wieder das weitere Projekt, die große

Sommeroffensive gegen die Arbeitslosigkeit,

die am 21. März, also zu Beginn des Frühjahrs, **kommen wird**, in Kraft treten. Der Minister schloß seine Ansprache:

„Mit Beginn des Frühlings, am 21. März, eröffnet die Regierung zusammen mit der deutschen Wirtschaft die zweite große Jahresoffensive gegen die Zeitkrankheit der Arbeitslosigkeit. Sie wird sogleich mit einem fertigen Programm an die Öffentlichkeit treten, in dessen Vollzug wir wiederum rund 2 Millionen der grauen Elendsarmee von der Straße in die Fabriken unp Kontore zurückzuführen hoffen. Die Regierung rechnet dabei auf die tatkräftige Unterstützung aller Kreise des deutschen Wirtschaftslebens. Sie ist der Überzeugung, daß es gelingen muß, das große Ziel zu erreichen, wenn niemand sich den Verpflichtungen entzieht, die die Not der Zeit jedem von uns aufbürdet. **An die Stelle eines lähmenden Pessimismus sind gläubige Zuversicht, tapfere Lebensbejahung und konsequente, stolze Lebensgestaltung getreten. Die deutsche Nation erhebt sich wieder aus der drohenden Gefahr eines alles zerstörenden Primitivitätskults, und erklimmt wieder mutig den steilen Weg zur Höhe eines europäischen Kulturstaates.“**

In diesem glücklichen Zeichen steht die Eröffnung der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse. In einer großen internationalen Schau präsentiert sich die deutsche Wirtschaft in edlem Wettstreit mit der Wirtschaft anderer Länder.

Der erste Messe-Tag.

Die Messe hatte bereits am Eröffnungssonntag ihren großen Tag. **Das Wetter**, das sich im Laufe des Vormittags aus morgendlicher Trübung zu leuchtendem Sonnenschein umwandelte, begünstigte den Besuch. Der Verkehr auf den Straßen der Innenstadt war ganz enorm und überschritt den der letzten Messen ganz gewaltig. In den Messehäusern war schon starker Verkehr festzustellen. Die Besucher gingen nicht nur hin, um zu sehen, es wurde auch schon gehandelt und gekauft. Es war schon heute eine gewisse Kauflust festzustellen, die ganz aus dem Rahmen der letzten Messen fiel. Besonders in den Branchen Textilien, Bureaubedarf, Porzellan und Spielwaren war die Ausstellung recht gut besucht. Dort sind auch schon recht ansehnliche Aufträge vergeben worden.

Das ist ein bedeutender Fortschritt, weil sonst am Sonntag nur ein gewisser Kleinverkehr der Kundschaft, die aus der näheren Umgebung Leipzigs kommt, festzustellen war. Aber heute sah man überall Ausländer, die nicht nur sehen wollten, sondern sich auch schon mit Aufträgen engagierten.

Besonders ließ sich feststellen, daß die Holländer in diesem Jahre zeitig mit ihren Bestellungen herausgekommen sind. Die Holländer sind mit das größte Publikum, das die Leipziger Messe aufzuweisen hat und es ist stets, auch in den schlechten Jahren, ein gewisser Prozentsatz holländischer Käufer festgestellt worden, die eine feste und ständige Kundschaft für bestimmte Artikel waren, vor allem für Spielwaren, Keramik und besonders Gebrauchsporzellan, sowie auch für gewisse Textilien.

Leider hat sich schon jetzt herausgestellt, daß der Besuch der amerikanischen Einkäufer diesmal recht gering ist und daß man fast sagen kann, Amerika fällt in diesem Jahre ganz aus. Daran sind die veränderten Geldverhältnisse Amerikas schuld, die es den Einkäufern nicht möglich machen, ihre Bestellungen in hochvalutarischen Ländern zu tätigen. Wie stark die Einkäufer aus anderen Ländern, u. a. auch aus Polen, vertreten sind, läßt sich im Augenblick nicht mit Genauigkeit feststellen.

Deutsch-polnische Handelsvertragsverhandlungen erst nach einem Jahr?

Der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ will aus zuverläßiger Quelle in Warschau erfahren haben, daß die Aufnahme von Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag erst nach Ablauf eines Jahres erfolgen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das jetzt zwischen beiden Ländern geschlossene Abkommen verpflichten, das am Dienstag, dem 6. d. M., zur Unterzeichnung gelangt und vom 15. März ab in Kraft tritt.

Im Zusammenhang damit kann gemeldet werden, daß durch den Verzicht der Anwendung des deutschen Obertarifes bei der Einfuhr polnischer Waren die deutschen Zölle für polnische Waren vielfach um 50 Prozent und noch mehr gesenkt werden. So wird z. B. für **die Ausfuhr von Schnittholz** nach Deutschland nicht mehr der Zoll von 30 Mark, sondern von 15 Mark erhoben werden. Es sei hinzugefügt, daß außer den bereits bestehenden Ausfuhrkontingenten für Papierholz nach Deutschland keine weiteren Holzausfuhr-Kontingente vereinbart worden sind. Dagegen werden alle polnischen Holzarten und alle polnischen Waren, die bis dahin dem Obertarif unterlagen, den automatischen deutschen Zöllen unterliegen, die in der Regel 50—60 Prozent niedriger sind, als die bisher gegen Polen angewendeten.

Deutsch-dänisches Wirtschaftsabkommen.

Die Mitte Januar zunächst in Berlin aufgenommenen und vor einigen Tagen in Kopenhagen fortgesetzten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark haben am 1. März 1934 zur Unterzeichnung eines deutsch-dänischen Abkommens über den gegenseitigen Warenverkehr geführt, das geeignet ist, die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder auf eine befriedigendere, ihren wichtigsten Ausfuhrbedürfnissen entgegenkommende Grundlage zu stellen. Die Unterzeichnung erfolgte auf deutscher Seite durch den deutschen Gesandten Freiherrn von Richthofen und den Führer der deutschen Abordnung, Ministerialdirektor im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Köhler, auf dänischer Seite durch den Chef der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenministeriums, Gesandten Otto Mohr.

Die Fabrik „Parowóz“ ist zu kaufen. Die Versammlung der Aktionäre der Lokomotiven-Fabrik „Parowóz“ hat beschlossen, die Fabrik zu verkaufen. Die Ursache der Liquidierung der Fabrik, mit der die Gesellschaft schon am 10. April beginnen will, ist der völlige Mangel an Bestellungen seitens der Regierung. Die Fabrik hat sich zwar, als die Bestellungen auf Lokomotiven ausblieben, auf die Produktion von Bremsen, Sicherheitseinrichtungen, Motorwagen und dergleichen umgestellt, doch ging das Geschäft immer schlechter, so daß man sich zur Liquidierung der Gesellschaft entschließen mußte. Durch die Liquidierung werden 750 Angestellte und Arbeiter das Heer der Arbeitslosen vermehren. Am „Parowóz“ ist neben polnischem — belgisches **Kapital beteiligt.**

Der Streitfall „Żyrardów“.

Polnische Aktionäre gegen französische Kapitalisten.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 2. März begann im Warschauer Handelsgericht — wie wir bereits meldeten — die Verhandlung in der bekannten Streitsache der polnischen Aktionäre der „Żyrardów-Werke“ gegen die Verwaltung dieser Werke. Dieser Streitfall löst ein reges Interesse in der Öffentlichkeit Polens aus. **Die Entscheidung des Gerichtes wird eine grundsätzliche Bedeutung für die Beurteilung der Rolle des ausländischen Kapitals in Polen, insbesondere für die Haltung der polnischen Allgemeinheit gegenüber denjenigen Repräsentanten des französischen Kapitals haben, die, wie die Hauptaktionäre der „Żyrardów-Werke“ eine devastierende Wirtschaftspolitik betreiben.**

Der von der Gruppe der polnischen Aktionäre der „Żyrardów-Werke“ angestrengte Prozeß ist eine Folge der Generalversammlung der Aktionäre, die am 22. Januar l. Js. stattgefunden hat und über die wir eingehend berichtet haben. Die Zahl der polnischen Aktionäre beträgt 324 gegen 82 Repräsentanten des ausländischen Kapitals. **Die polnischen Aktionäre bilden jedoch nicht die Mehrheit, weil sie nur 20 000 Aktien in ihrem Besitze haben, während das ausländische Kapital über 94 000 Aktien verfügt, wobei allein im Besitze von Marcel Boussac und Albert Anpetit, der Haupteigentümer der französischen Werke: „Comptoir de l' Industrie Cotonière“ 75 000 Aktien sind.**

Die polnische Gruppe hat dem Berichte der Verwaltung über das verflossene Operationsjahr, der einen Verlust in Höhe von 2 336 000 Złoty, einen Gewinn von 3 226 000 Złoty, und Ausgaben im Betrage von 5 698 000 Złoty auswies, die Genehmigung versagt. Die polnische Gruppe versucht nachzuweisen, daß der wirtschaftliche Niedergang der „Żyrardów-Werke durch einen Vertrag verursacht wurde, welcher im Jahre 1925 den „Żyrardów-Werken“ durch die französische Firma „Comptoir de l'Industrie Cotonière“, deren Eigentümer Marcel Boussac, der Besitzer von 60 Prozent Żyrardower Aktien ist, aufgezwungen wurde. Dieser Vertrag verpflichtet die „Żyrardów-Werke“ zur Zahlung von 2 Prozent jährlich vom Umsatze für die geleistete technische, finanzielle, beratende und Handelshilfe. **Auf diese Weise nehme der Hauptaktionär ohne Rücksicht auf den Geschäftsstand des Unternehmens, ohne Rücksicht auf das auflaufende Defizit, 2 Prozent vom Umsatze ein.** Als die „Żyrardèw-Werke“ in guten Jahren 40 Millionen Złoty Umsatz hatten, hatte Boussac eine persönliche Einnahme von 800 000 Złoty jährlich. Diese die „Żyrardów-Werke“ schädigende Abmachung wurde zwar nur für ein Jahr getroffen, doch die auf den Generalversammlungen gewählten Verwaltungsorgane verlängerten automatisch di Gültigkeit der Abmachung, was — nach Ansicht der polnischen Gruppe — zum Ruin der „Żyrardów-Werke“ führte.

Die polnischen Aktionäre widersetzen sich nun der angeblichen Willkür der Verwaltung und des Aufsichtsrates und verweigern den Organen der Aktiengesellschaft die Entlastung. Da sie aber die Minderheit der Aktien besitzen, sie bei der Abstimmung mit ihrem Standpunkte keinen Erfolg erringen konnten, haben sie

die Klage gegen Boussac

und seine Gruppe eingeleitet. Sie erheben den Vorwurf, daß diese von den Summen, die auf ihrer offenen Rechnung figurierten. obwohl sie durch Wechsel gedeckt waren, übermäßige Zinsen bezogen. Die in Żyrardów herrschende Gruppe habe Provision von der offenen Rechnung und gleichzeitig Prozente von den diskontierten Wechseln bezogen.

Auf der Generalversammlung ist der von dem Vertreter der kleinen Aktionäre, Prof. Feliks Młynarski, gestellte Antrag auf Lösung des für Żyrardów schädlichen Vertrages mit dem „Comptoir de l'Industrie Cotonière“ angenommen worden. Der Antrag fordert die Verwaltung und den Aufsichtsrat auf, sofort um Lösung der Abmnachungen einzukommen, die sich auf mit den guten Sitten unvereinbare Grundsätze stützen, sowie auch gegen die Schuldigen um Wiedergutmachung der Schäden und Verluste vorzugehen.“ Dieser Antrag ist nur dank dem Umstande zur Annahme gelangt, daß der Vorsitzende der Generalversammlung, Rechtsanwalt Konic, ein Portefeuille von 75 000 Aktien, als an der Sache interessiert, von der Abstimmung ausgeschlehen hatte.

Daraus hat sich eine paradoxale Situation ergeben,

die darin bestand, daß die zurücktretenden Gesellschaftsorgane nicht nur Entlastung erhielten, sondern auch — gegen die polnischen Stimmen — wiedergewählt wurden und, daß diese Organe die Weisung erhalten haben, den gegen die Mehrheit gerichteten Antrag des Prof. Młynarski auszuführen.

In Anbetracht dessen fordert nun die polnische Minderheit, daß die bisherigen Behörden der Gesellschaft, die des illegalen Vorgehens geziehen wurden, ihre Tätigkeit nicht weiter ausüben, da dies im Widerspruche mit den Vorschriften über die Aktiengesellschaften stände, und weil diese Tätigkeit für einen Teil der Aktionäre schädigend und mit den guten kaufmännischen Sitten unvereinbar wäre. **Die polnische Minderheit hat daher den Weg der Klage beim Handelsgericht betreten und in der Klage die Ungültigerklärung der Beschlüsse der Generalversammlung in bezug auf die Bestätigung des Jahresberichts, der Bilanz, der Erteilung der Entlastung und der Wahl der neuen Behörden verlangt.** In der Klage verlangt man ferner eine Revision der Bücher und die Sicherstellung der Forderungen der polnischen Aktionäre am Vermögen der „Żyrardów-Werke“ und zwar durch Bestellung eines Zwangsverwalters.

Die Verhandlung leitet Richter Lauter; dem Richtergremium gehören außer ihm an: die Richter S. Gebethner und S. Skonieczny. Die Klage der polnischen Minderheit wird von den Rechtsanwälten Polikier und Stefan Urbanowicz vertreten. Die Interessen der „Żyrardów-Werke“ vertreten fünf Rechtsanwälte mit Prof. Konic und Rechtsanwalt Koral an der Spitze. Außerdem ist eine Gruppe von fünfzehn Aktionären, mit dem Grafen Józef Tyszkiewicz an der Spitze, gebildet worden, die gegen die Klage der polnischen Minderheit auftritt und deren Zurückweisung verlangt, und die durch Rechtsanwalt Gustaw Beylin vertreten ist.

*

Wie ergänzend aus Warschau gemeldet wird, haben die Verhandlungen in der Streitsache der Żyrardów-Werke zwei Tage in Anspruch genommen. Die polnische Minderheit der Aktionäre verlangt eine gerichtliche Zwangsverwaltung der Werke, um die Interessen der Aktionäre sicherzustellen. Eine kleinere Gruppe polnischer Aktionäre, an deren Spitze Graf Tyszkiewicz steht, widersetzt sich, ebenso wie die französische Gruppe diesem Antrage und fühlt sich mit den französischen Aktionären solidarisch. Zwischen den juristischen Vertretern dieser Gruppen ist es zu längeren juristischen Auseinandersetzungen vor Gericht gekommen. Vom Handelsgericht wurde auch der erste Buchhalter des Unternehmens verhört.

Nach zweitägiger Verhandlung hat sich das Gericht vertagt, um am Donnerstag das Urteil zu fällen.

Internationale Zuckerverhandlungen in London.

Am Montag begannen in London internationale Verhandlungen über eine Neuregelung der Weltzuckerfragen. Neben den hauptsächlichsten Zucker exportierenden Ländern nimmt auch Polen teil. An der Spitze der polnischen Delegation steht der Vizeminister im Industrie- und Handelsministerium Doleżal und als Vertreter der polnischen Zuckerindustrie sind delegiert worden die Herren Sachs, Dzażdziński und Mikulski. Die polnische Delegation ist bereits am Sonntag in London eingetroffen.

Organisation des polnischen Eierexports.

Die Organisation des Eierexports, die bereits seit längerer Zeit in Erwägung gezogen wurde, ist augenblicklich nach langen vorbereitenden Arbeiten in ein Endstadium übergegangen. Am 20. d. Mts. fand in Warschau in der Handels- und Gewerbekammer eine Gründungsversammlung des Berufsverbandes der Eierexporteure statt, an welcher außer den Vertretern der regionalen Organisationen, die Gründer des Verbandes sind, auch Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Landwirtschaftsministeriums, des staatlichen Exportinstituts sowie der Selbstverwaltung des Handels und des Gewerbes teilnahmen. Die Versammlung wählte den Vorstand, dessen Vorsitzender Dr. Joachim Aszkenase wurde. Vorgesehen ist eine Erweiterung des Vorstandes für den Fall, daß die genossenschaftlichen Organisationen, die am Eierexport interessiert sind, sich noch anmelden. Der Verband hat die Aufgabe, zu repräsentieren und die Interessen des Eierexports zu schützen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 5. März auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Złoty am 3. März. Danzig: Ueberweisung 57,77 bis 57,89. bar 57.80–57,92, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 47,00. bis 47.40, Prag: Ueberweisung 462,00, Wien: Ueberweisung 79,10, Paris: Ueberweisung 286.50, Zürich: Ueberweisung 58,32½, Mailand: Ueberweisung 220,00, London: Ueberweisung 26,93.

Warschauer Börse vom 3. März. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,65, 123.96 — 123,34. Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 172,95, 173,38 — 172,52, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,05, 357,95 — 356,15, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 26,96. 27,09 — 26,83, Newyork 5,31½, 5,34 — 5,29. Oslo 135,60, 136,25 — 134,95, Paris 34,93, 35,02 — 34,84, Prag 21,99, 22,04 — 21,94, Riga —, Sofia —, Stockholm 139,25, 139,95 — 138,55 Schweiz 171,45, 171,88 — 171,02, Tallin —, Wien —, Italien 45,65, 45,77 — 45,53.

Freihandelskurs der Reichsmark 210,40.

Berlin, 3. März. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,512—2,518, London 12,735—12.765, Holland 168.88—169.22, Norwegen 63.99 bis 64,11. Schweden 65,68—65.82, Belgien 58,49—58.61. Italien 21,58 bis 21,62, Frankreich 16,50—16,54, Schweiz 81.02—81.18, Prag 10.38 bis 10,40, Wien 47,20—47,30, Danzig 81,77—81,93, Warschau 47,20—47,40.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,28 Zł., do. kleine 5,27 Zł., Kanada 5,21 Zł., 1 Pfd. Sterling 26,82 Zł., 100 Schweizer Franken 170,94 Zł., 100 franz. Franken 34,83 Zł., 100 deutsche Mark 209.00 Zł., Goldmark 212,34 Zł., 100 Danziger Gulden 172,44 Zł., 100 tschech. Kronen 20,60 Zł., 100 österreich. Schillinge 96.95 Zł., holländischer Gulden 356,00 Zł., Belgisch Belgas 123,29 Zł., ital. Lire 45,50 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 3. März. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 57 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar 5,32 Złoty) 49,50 G., 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 52 G., Bank Polski 77 G. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 5. März. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	65 to	14.67—14.75	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Weizenkleie, g.	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnen-		
Weizenm. 65%	— to	—.—	blumenkuchen	— to	—.—

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	gelbe Lupinen	8.00—9.00
Weizen	17.50—18.00	Trockenschnitzel	8.50—9.00
Braugerste	14.50—15.50	Serradella, neu	12.00—13.00
Mahlgerste	13.75—14.00	Gelbklee, abgesch.	90.00—110.00
Hafer	11.50—12.00	Weißklee	70.00—90.00
Roggenmehl 65%	21.00—22.00	Rotklee	160.00—210.00
Weizenmehl 65%	30.00—31.50	Fabrikkartoff. p. kg%	0.19
Roggenkleie	10.00—10.50	Leinkuchen	19.00—20.00
Weizenkleie, fein	10.50—11.00	Rapskuchen	15.00—16.00
Weizenkleie, grob	11.50—12.00	Sonnenblumenkuch.	15.00—16.00
Winterraps	42.00—44.00	blauer Mohn	42.00—48.00
Peluschken	12.50—13.50	Senf	32.00—34.00
Felderbsen	15.00—17.00	Leinsamen	40.00—44.00
Speiseerbsen	19.00—20.00	Wicken	12.50—13.50
Viktoriaerbsen	23.00—26.50	Winterrübsen	42.00—44.00
Folgererbsen	19.00—21.00	Kartoffelflocken	15.00—16.00
blaue Lupinen	6.00—7.00	Speisekartoffeln	4.00—4.50

Saatkartoffeln 4.25—4.75

Allgemeine Tendenz: **ruhig.** Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	295 to	Fabrikkartoffel	— to	Hafer	15 to
Weizen	271 to	Saatkartoffel	60 to	Peluschken	— to
Mahlgerste	165 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	45 to	weißer Mohn	— to	Raps	— to
Roggenmehl	22 to	Futtererbsen	— to	Rübensamen	— to
Weizenmehl	15 to	Kleeheu	— to	Leinkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	25 to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Weißklee	1,2 to	Wicken	— to
Feld-Erbsen	22 to	Inkarnatklee	— to	Trockenschnitz.	— to
Roggenkleie	50 to	Gelbklee	— to	Baldersb. Erbs.	— to
Weizenkleie	30 to	Gerstenkleie	15 to	Gemenge	— to
Gelbe Lupinen	— to	Serradella	— to	Blaue Lupinen	10 to
Kartoffelflock.	15 to	Timothee	— to	Senf	— to

Gesamtangebot 1129 to.

Marktbericht für Sämereien der Samengroßhandlung Wiefel & Co., Bromberg. Am 2. März notierte unverbindlich für Durchschnittsqualitäten per 100 Kg.: Rotklee 170—210, Weißklee 90—120, Schwedenklee 100—125, Gelbklee, enthülst 90—95, Gelbklee in Hülsen 40—45, Inkarnatklee 80—100, Wundklee 100—120, Engl. Raygras, hiesiges 50—60, Timothee 25—30, Serradella 9—10 Sommerwicken 12—14, Winterwicken (Vicia villosa) 25—30, Peluschken 12—13, Viktoriaerbsen 22—25, Felderbsen, kleine 18—20, Senf 17—30, Sommerrübsen 48—50, Winterraps 38—44, Buchweizen 18—20, Hanf 35—40, Leinsamen 42—45, Hirse 16—18, Mohn, blau 50—60, Mohn, weiß 70—75, Lupinen, blau 7—8, Lupinen, gelb 8—9 zł.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 3. März. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	597.5 to	14.75
	90 to	14.68
	60 to	14.65
	60 to	14.60
Saathafer	60 to	12.00
	30 to	11.90

Richtpreise:

Weizen	18.00—18.25	Klee, gelb, in Schalen	30.00—35.00
Roggen	14.50—14.75	Wundklee	90.00—110.00
Gerste 695—705 kg	15.00—15.50	Tymothyklee	25.00—30.00
Gerste 675—685 kg	14.50—15.00	Raygras	44.00—50.00
Braugerste	15.50—16.50	Inkarnatklee	—.—
Hafer	11.50—11.75	Senf	33.00—35.00
Saathafer	11.75—12.25	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—20.50	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	26.75—29.00	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	11.00—11.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	9.25—10.00	Heu, gepreßt	—.—
Winterraps	44.00—45.00	Netzeheu, lose	—.—
Sommerwicke	13.50—14.50	Netzeheu, gepreßt	—.—
Peluschken	14.50—15.50	Kartoffelflocken	14.00—15.00
Viktoriaerbsen	22.00—26.00	Blauer Mohn	42.00—48.00
Folgererbsen	20.00—22.00	Leinsamen	47.00—50.00
Speisekartoffeln	—.—	Leinkuchen	18.75—19.25
Seradella	13.00—14.00	Rapskuchen	14.50—15.00
blaue Lupinen	6.50—7.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	14.25—15.25
gelbe Lupinen	9.25—10.25	Sojaschrot	19.50—20.00
Klee, rot	170.00—200.00		
Klee, rot, ger.	—.—		
Klee, weiß	60.00—100.00		
Klee, schwedisch	90.00—120.00		
Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—110.00		

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen Weizen, Brau- und Mahlgerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 735 to, Weizen 570 to, Gerste 45 to, Hafer 15 to, Roggenmehl 163,5 to, Weizenmehl 37 to, Roggenkleie 154 to, Weizenkleie 133 to, Gerstengrütze 3 to, blaue Lupinen 90 to, Wicke 2,5 to, Viktoriaerbsen 4 to, Seradella 15 to, Saubohnen 15 to, Sonnenblumenkuchen 15 to, **Sämereien** 14,9 to, **Leinsamen 1,5 to, Traubenzucker 5 to, Kartoffelmehl 30 to, Wolle 0,5 to, blauer Mohn 0,3 to.**